Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1918

301 (24.12.1918)

Visual Library

No. 301 Karlsruhe, Dienstag den 24. Dezember 1918. 38. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 1.20 M, ¼jahrl. 3.60 M. Zugestellt durch unsere Träger 1.30 bezw. 3.90 M; durch die Post 1.34 M bezw. 4.02 M; durch die Feldpost 1.35 M bezw. 4.05 M, vorauszahlbar

Ausgabe: Werktag mittags: Geschäftszeit: ½8—½1 u. 2—½6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pf. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß der Annahme ½9 vorm. für größere Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Weihnachten 1918.

* Karlsruhe, 24. Dez.

Einen Weihnachten, so traurig wie diesen, hat das deutsche Volk nicht erlebt, solange die Christfestfeier überhaupt begangen wird. Am Baum ohne Lichterglanz, ohne Obst, ohne die Backwerkzutaten, die seit Menschengedenken zur Weihnachtsfeier gehören, wird wohl jede Familie der Vergangenheit Gedanken und Erinnerungen nachschicken, die das Fest des stillen Jubels zum Fest der Trauer, die aus dem Segen versonnener Feiertagsruhe den Fluch anklagender Verbitterung machen. Denn den Kindern wird der Vater, der Gattin wird der Mann, den Eltern wird der Sohn, den Geschwistern wird der Bruder fehlen und Millionen werden verzweifelte Gedanken in die Zukunft schicken, wozu sie mit ihren zerschossenen Gliedern eigentlich noch auf der Welt taugen.

In einer Hinsicht ist es freilich gut, daß es mit dem äußerlichen Zubehör so knapp bestellt ist. Das Weihnachtsfest hatte in den Vorkriegsjahren seinen eigentlichen Charakter verloren. Es war zur reinen Beschenkungsangelegenheit mit obligatem Amüsementserledigungen geworden. Diese Verobrflächlichung des Weihnachtscharakters ist nicht zufällig. Sie war die Methode, auf die allein die Gesellschaftsordnung des monarchisch-kapitalistischen Regimes mit der Erinnerung an Jesus von Nazareth fertig werden konnte. Denn heute, wo das geschichtlich wahre Verhältnis vom ehemaligen Christentum und den herrschenden Weltmächten vollständig auf den Kopf gestellt ist, muß man den irreführenden Schein einer gefälschten Harmonie zwischen diesen ein für allemal zerstören, muß man sagen und immer wieder sagen: Christus war der Feind dieser Weltmächte, für sie und ihre Gefolgschaft handelte es sich darum, mit ihm fertig zu werden. Und das beste Hilfsmittel dazu war in diesem Fall die Oberflächlichkeit. Nur nicht zu viel über diesen Jesus zu denken geben. Der mysteriöse Hergang seiner Geburt kann noch ohne Schaden besagt und besungen werden. An seine Tatsächlichkeit glauben ohnehin wenige und wird er in die Gewandung uralter Volksmelodien und Volksdichtungen eingehüllt, so gibt sich niemand quälenden Zweifeln hin. Dann aber ist es auch genug von dem Nazarener. Denn bei näherer Besinnung käme das wahre Sachverhältnis auch dem Kinderintellekt zu Bewußtsein und ein Erstaunen würde erheben, warum eigentlich die heutige Welt auf Geheiß ihrer Obrigkeiten mit diesem Jesus so gut verfahren ist. Bei näherer Besinnung würde klar werden, daß nur die verlogendste Umwertung seiner Satzungen und Lehren aus ihm einen Fürsprecher der bisherigen Weltordnung machen konnte. Wie konnte es beispielsweise dazu kommen, daß man in den christlichen Kirchen seinen Schutz für die Kämpfer aller Mordwaffen anruft? Denn Jesus ganze Lehre ist doch wohl die schärfste Verurteilung alles Kriegertums und für diejenigen, denen sie das nicht ist, erhält sie eine alle Zweifel besiegende Ergänzung durch das heute sehr nachdenklich stimmende Gebot: „Stecke dein Schwert an seinen Ort! Denn wer das Schwert nimmt, der soll durchs Schwert umkommen.“ Wie ist es gekommen, könnten wir eine ganze Serie hindurch fragen und jede Frage würde auf den Zwiespalt zwischen ursprünglichem Christentum und denjenigen Institutionen hinleiten, die heute gleichsam als „gottgewollte“ Ordnungen unter seinem Namen stehen.

Unsere Antwort ist diese.

Nachdem Jesus von Nazareth sich als Religionsstifter mit einer Autorität durchgesetzt hatte, die dreiviertel der Menschheit unseres Planeten für gottmäßig anerkannten, da ergab sich für alle Weltmächte als Gebot der politischen Taktik die Maßnahme, sich auf jene Autorität einzustellen und wenn möglich aus ihr Vorteile zu ziehen. Das haben sie verstanden, meisterhaft verstanden. Ihr grandios einfacher Trick bestand darin, daß sie den Glauben an die Göttlichkeit Christi förderten und zum Hauptstück der christlichen Lehre erhoben. Den Gott Christus, mit dem sie sich auf einmal so gut standen, konnten sie nun unauffällig zum Schutzpatron ihrer Staatseinrichtungen und ihrer staatlichen Autorität machen. Was der Mensch, der sittliche Reformator Jesus von Nazareth gelehrt hat und wofür er den Opfertod gestorben ist: die Verwerfung aller Staatsinstitutionen von zäsaristisch-kapitalistischem Charakter und die sehr bedingte Anerkennung der Staatsautorität, das stand auf einem anderen Blatt, welches die Mächte der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung nicht aufschlugen. Durch dieses Verfahren bewußter Täuschung, das im Laufe der Zeit eine ganz unbewußte, selbstverständlich geübte Oberflächlichkeit wurde, ist Jesus von Nazareth zum göttlichen Fürsprecher einer in Gesinnung und Verhalten völlig entchristlichten Welt geworden.

Wenn hierüber jetzt das Licht der Wahrheit aufgehen wird, so ist dafür nicht nur durch den Umstand gesorgt, daß die Not der Zeit mit den Oberflächlichkeiten der Weihnachtstradition reinen Tisch macht. Mit der Hinwendung zum Sozialismus kehrt die Geschichte in wesentlichen Bestandteilen der Lebensordnung zum Ausgangspunkt des Christentums zurück. In wesentlichen Punkten, nicht in allen. Davon kann gar nicht die Rede sein, daß Christentum und Sozialismus deckende Begriffe seien. Was vor 1900 Jahren war, kommt in genau derselben Weise niemals wieder. Auch die Geschichte steckt ein Alter von so vielen Jahren nicht einfach in die Tasche. Obwohl nun der Sozialismus der Gesinnung nach dem ursprünglichen Christentum hundertmal näher steht als die bürgerlich kapitalistische Welt, muß die von ihm zu begründende Gesellschafts- und Kultureinfassung doch eine ganz andere sein, als sie den Wünschen Jesus von Nazareth vorschwebte. Mit einem Leben tiefster Religiosität allein ist uns nicht geholfen. Wir wollen auch arbeiten, forschen, künstlerisch schaffen und künstlerrisch beschenkt werden. Unendlich breiter, tiefer, mannigfaltiger ist die Kultur, ist das Leben und der Zuschnitt des Lebens seit Jesus Tagen geworden. Nichts davon geben wir mit der lutherischen Geste der Weltverachtung preis: „Laß fahren dahin!“ In dem Maße, wie der Sozialismus sich seit damals entwickelt hat, in dem Maße wollen wir sein Leben und Wirken auf eine breitere und tiefere anthropologische und kulturelle Grundlage stellen. Jesus hat uns zu einem Geschlecht von einer religiösen und sittlichen Energie, der keine Anspannung etwas anhaben kann, erziehen wollen. Dazu sagen wir überzeugt und jubelnd: Ja! Aber wir wollen ein weiteres, ein Menschentum: wahr, wissend und frei und äußerlich wirtschaftlich wenigstens soweit vollkommen, daß die Charakteristik des englischen Philosophen Locke: „Homo homini lupus“ (Ein Mensch frißt den anderen auf) endlich einmal nicht mehr zutreffend zu sein braucht.

Das sind die Unterschiede. Die Uebereinstimmungen, die bedeutsamen Uebereinstimmungen liegen in drei Tendenzen: im Antimilitarismus, im Antikapitalismus, im Antinationalismus. Den Gegensatz zu den beiden ersten Bestrebungen hebt Jesus oft und scharf hervor. Wenn er den Nationalismus weniger heftig bekämpft hat, so liegt die Ursache vermutlich darin, weil der nationale Zwiespalt damals bei weitem nicht die Kulturplage von heute gewesen ist. Hätte Christus unsere Tage erlebt und mitansehen müssen, welche krankhafte Einbildungen, welche Dummstolzgefühle darin zutage treten, daß sich die Tausende dort als Angehörige der „grande nation“ fühlen, die Tausende über dem Kanal sich als die „geborenen Weltbeherrscher“ vorkommen, daß hier in Deutschland Millionen ohne weiteres etwas Höheres und Besseres zu sein glauben, weil Bismarck und ein Dutzend Kriegshelden schwerlich allein aus eigener Kraft hätten, so würde er wohl auch den Nationalismus ebenfalls seinen Fluch auf Jahrtausende verhängt haben. Mammon und Mars, würde er gesagt haben, sind Götzen, aber ihrer wert und den Menschen genau so verhängnisvoll ist der Wahn, die Völkerabgrenzungen seien Veranlassung zu fremder Völkermißachtung und Grund, um zu gelegener Zeit über einander herzufallen. Käme er heute wieder, er unterließe sicher nicht den allen Nationalismus verurteilenden Hinweis, daß seine Jünger in ihrer höchsten Begeisterung sich fremder Sprachen bedient und daß sie in aller Herren Länder das Evangelium verbreitet haben.

Und wir heute? Wir sinnen und grübeln, was und was der Krieg bedeutet hat usw., der er ist gar nichts anderes als das Resultat jenes dreifachen Unheils: Nationalismus, Militarismus und Mammonismus. Weil die kapitalistische Welt sich ihrer bedient oder sich ihnen so leidenschaftlich hingegeben hat, darum ist so entsetzlich viel Leid über sie über uns alle gekommen. Aus dem Sozialismus, aus der Lehre Christi, die in deren Verurteilung einig waren und sind, muß die Abkehr von jenen [illegible] werden. Sonst wird kein dauernder Friede, wie barbarisch oder wie diplomatisch raffiniert die Friedensbedingungen des beendigten Krieges auch sein mögen.

Mußte für diese Erkenntnis so viel Blut fließen? Jawohl, es mußte geschehen. Manche Wahrheiten hat das Christentum der europäischen Menschheit zum Bewußtsein gebracht. Die größte ist diese: Die Welt lebt durch den Opfertod der Unschuldigen. Nach einem alten Glauben, der bei allen Völkern wiederkehrt, muß in das Fundament eines Baues, der widerstandsfähig sein soll, unschuldiges Menschenleben eingemauert sein. Der Glaube könnte der Geschichte entnommen sein, denn ihr Verlauf bestätigt an tausend Beispielen, daß jeder menschlich-gesellschaftliche Fortschritt durch Opferung der Besten, Selbstlosesten und Unschuldigsten erkauft wurde. Die Millionen, welche erschlagen auf den europäischen Schlachtfeldern liegen, waren gewiß nicht die Schuldigen. Sie haben sich geopfert. Wir können nun eine Etappe der geschichtlichen Entwicklung weiterschreiten. Das sagt die Lehre Christi. Der Sozialismus wird es wahr machen.

O—n.

Vom Frieden.

WTB. Washington, 23. Dez. In seiner bereits gemeldeten Rede im Senat sagte Lodge noch, er könne sich nicht vorstellen, daß England daran denken würde, das Recht der Kriegführenden Blockade aufzuheben. Lodge erklärte, daß Garantien für die entsprechende Erfüllung der Friedensbedingungen und die Zahlung von Entschädigungen verlangt werden müsse, von denen die Vereinigten Staaten einen entsprechenden Anteil bekommen müßten. Deutschland dürfe die Kolonien nicht zurückerhalten, wie immer auch die Friedensdelegierten darüber verfügen mögen.

Zum Entwurf einer neuen badischen Verfassung.

(Von Stadtrat Dr. Dietz-Karlsruhe.)

XVI.

30. Was die Form der Beratungen und Abstimmungen des Landtags anlangt, so ergibt sich bereits aus den bisherigen Vorstellungen, daß der Landtag, wo nicht ausdrücklich Ausnahmen festgesetzt sind, nach der absoluten Stimmenmehrheit beschließt und daß zur Gültigkeit der Beschlußfassung regelmäßig die Anwesenheit der Mehrheit der zuletzt gewählten Mitgliederzahl erforderlich ist.

Zur gültigen Beschlußfassung über **Gesetze, durch welche die Verfassung ergänzt, erläutert** oder **abgeändert** werden soll, wird zweckmäßig die Anwesenheit von mindestens ¾ der Mitglieder und die Zustimmung von mindestens ⅔ der Anwesenden als erforderlich vorgeschrieben. Bei Stimmengleichheit sollte, wie bisher, die Stimme des Präsidenten den Ausschlag geben.

Auf Verlangen der nach § 5 Abs. 3 zur Volksinitiative berechtigten Anzahl von Staatsangehörigen wird ferner jedes vom Landtag beschlossene Gesetz dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden müssen und nur dann als wirksam gelten dürfen, wenn ihm bei Verfassungsgesetzen ⅔ der abstimmenden Staatsangehörigen, bei anderen Gesetzen die absolute Mehrheit derselben zugestimmt haben.

Das Verlangen auf Vornahme dieser Abstimmung kann aber nur gestellt werden, solange das Gesetz nicht als solches ordnungsmäßig verkündigt ist. Andernfalls ist für eine Wiederaufhebung oder Abänderung des Gesetzes das Volksvorschlagsrecht gegeben.

Daß die Annahme eines Entwurfs, sowie die Ablehnung eines Regierungsvorschlags sowohl nach Vorberatung in einem besonderen Ausschuß, als auch ohne solchen erfolgen kann, letzteres aber nur auf Grund einer zweimaligen, durch eine Zwischenzeit von mindestens drei Tagen getrennten Beratung und Abstimmung; daß die Minister und Regierungskommissarien jederzeit bei öffentlicher und geheimer Sitzung des Landtags Zutritt haben und bei allen Diskussionen gehört werden müssen, wenn sie es verlangen, ist bisheriges Recht und entspricht der allgemeinen parlamentarischen Uebung.

Eine Bestimmung dahin, daß auf Verlangen des Landtages und der Ausschüsse die Minister und Regierungskommissarien zu den Sitzungen erscheinen müssen, um Auskunft zu erteilen, entspricht einem oft geäußerten Wunsch der Volksvertretung, um zu verhüten, daß, wie es namentlich im Reichstag seitens der Reichsregierung sehr häufig geschah, diese bei ihr nicht genehmen Verhandlungen überhaupt nicht erscheinen.

Daß nur den Regierungskommissarien und den Mitgliedern der Landtagskommissionen gestattet wird, geschriebene Reden abzulesen, während allen übrigen Mitgliedern bloß mündliche Vorträge gestattet sind, ist eigentlich eine Geschäftsordnungs-Vorschrift, deren Wiederaufnahme in die Verfassung sich aber empfiehlt, um unter Umständen langwierigen „Vorlesungen“ ein Ende machen zu können.

Daß die Verhandlungen des Landtags öffentlich sind, ist selbstverständlich. Sie sollen aber, wie bisher, geheim werden müssen auf das Begehren der Regierungskommissarien bei Eröffnungen, für welche sie die Geheimhaltung nötig erachten, und auf das Begehren von 3 Mitgliedern, denen nach dem Abtreten der Zuhörer wenigstens ¼ der Mitglieder über die Notwendigkeit der Geheimberatung beigetreten ist.

XVII.

31. Am Schluß der Ausführungen unter VI über das Staatsministerium war eine Erörterung darüber vorbehalten, ob und inwieweit die bisherigen badischen Verfassungsvorschriften über die Ministeranklagen in die neue Verfassung übernommen werden können und sollen. Bei einem rein demokratischen Staatswesen könnte man ja daran denken, diese Ministeranklagen als ein besonderes staatsrechtliches Mittel aus der Verfassung überhaupt zu beseitigen, da der Landtag und das Volk es jederzeit in der Hand haben, das ihnen nicht passende Ministerium ganz oder zum Teil zu beseitigen, und dann bei Verfassungsverletzungen oder der Verletzung anerkannt verfassungsmäßiger Rechte, oder einer Gefährdung der Sicherheit und Wohlfahrt des Staates, das Weitere dem Urteil der zur Entscheidung über etwa begangene straf- und zivilrechtliche Delikte berufenen Gerichte überlassen werden könnte. Allein bei näherer Prüfung ergibt sich doch, daß es zweckmäßig ist, dem Landtag das **Recht der Anklage gegen die Minister und die sonstigen Mitglieder der obersten Staatsbehörden zu gewähren** und das Urteil, wie bisher, einem besonderen Staatsgerichtshof zu übertragen, damit nicht über diese wichtigen staats- und verfassungsrechtlichen Grundfragen vor den verschiedensten Zivil- und Strafgerichten des Landes erster und zweiter Instanz womöglich die widersprechendsten Urteile gefällt werden und damit eine dauernde Unsicherheit in das öffentliche Leben hineingetragen wird. Es muß vielmehr **für das ganze Land einheitlich** durch das **Urteil** des **Staatsgerichtshofes** entschieden werden können, ob ein Minister oder ein sonstiges Mitglied der obersten Staatsbehörden sich einer durch Handlungen oder

Unterlassungen wissentlich oder aus grober Fahrlässigkeit begangenen Verletzung der Verfassung oder anerkannt verfassungsmäßiger Rechte oder einer schweren Gefährdung der Sicherheit oder Wohlfahrt des Staates schuldig gemacht hat, und **diese Feststellung muß für die Straf- und Zivilgerichte,** welche über die Art und Höhe der etwa zu erkennenden Strafe und Entschädigung im ordentlichen Rechtsweg zu urteilen haben, **bindend sein,** ähnlich wie in Art. 5 des bad. A.G. zum B.G.B. vom 17. Juni 1899 die Vorentscheidung des Verwaltungsgerichtshofes bezüglich der Frage verlangt werden kann, ob ein Beamter des Staates oder der Kommunalverbände in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt vorsätzlich oder fahrlässig die ihm einem Dritten gegenüber obliegenden Amtspflichten verletzt und dadurch den Staat haftpflichtig gemacht habe.

Für die **Geltendmachung des Anklagerechtes** des Landtages wird es geboten sein, wie bisher die für Verfassungsänderungen vorgeschriebene Stimmenzahl von ⅔ der Mitglieder bei Anwesenheit von ¾ der gewählten Zahl zu verlangen, um auch hier zu verhindern, daß Anklagen mit der Zufallsmajorität von einer Stimme zustande kommen. Für die Zurücknahme dagegen kann die einfache Stimmenmehrheit genügen.

Selbstverständlich wird das Anklagerecht des Landtages weder durch die Amtsniederlegung, noch durch die Entfernung des Angeklagten vom Dienste, mag sie vor oder nach erhobener Anklage erfolgen, aufgehoben.

Ueber die beste Zusammensetzung des zur Urteilsfällung berufenen Staatsgerichtshofes haben Jahrzehnte lang Debatten geschwebt, und die staatsrechtliche Literatur ist voll von Abhandlungen und Vorschlägen. Jedenfalls muß verhütet werden, daß einerseits beim Staatsgerichtshof der Angeklagte lediglich auf Gnade und Ungnade seinen politischen Feinden ausgeliefert ist, andererseits, daß jeder politische Einfluß vollständig ausgeschaltet und die Urteilsfällung zu einer rein juristischen Angelegenheit gemacht wird.

Das badische Gesetz vom 20. Februar 1868, durch welches die Bestimmungen über die Ministeranklage in die Verfassung hineinkamen, hat zur Vermeidung der beiden Klippen eine Kombination in der Weise vorgenommen, daß das Richteramt im Staatsgerichtshof ausgeübt werden soll durch die I. Kammer in Verbindung mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichts und 8 weiteren Richtern, welche aus den Kollegialgerichten des Landes durch das Los bezeichnet werden. Dem Angeklagten und den Vertretern der Anklage steht ein Ablehnungsrecht zu. Der Präsident des Landtages hat den Vorsitz, sein Stellvertreter ist der Präsident des Oberlandesgerichts.

Das Nähere über die Bildung des Staatsgerichtshofes, sowie das Verfahren bei demselben ist dann durch das Gesetz vom 11. Dezember 1869 bestimmt worden.

In praktische Wirksamkeit getreten ist dieser Staatsgerichtshof bisher in einem halben Jahrhundert niemals. Es kann daher aus der praktischen Erfahrung nichts darüber gesagt werden, wie er sich bewährt haben würde. Soviel aber darf wohl gesagt werden, daß die badische Regelung im Jahre 1868/69 auf Grund der eingehendsten Prüfung und unter Mitwirkung ganz hervorragender parlamentarischer und wissenschaftlicher Kräfte erfolgt ist, sodaß die badische Regelung für sich einstweilen in Anspruch nehmen darf, mindestens so gut zu sein, wie irgend eine der sonst vorgeschlagenen oder in Geltung befindlichen Regelungen. Die z. B. in Frankreich während des Krieges gemachten Erfahrungen bei den staatsgerichtlichen Anklagen gegen frühere Minister (Caillaux und Malvy) lassen französische Beispiele nicht irgendwie als verlockend erscheinen. Es wird deshalb mit gutem Gewissen vorgeschlagen werden können, die bisherige badische Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes beizubehalten, solange als nicht zweifellos Besseres in der Praxis erprobt ist, mit der Maßgabe, daß anstelle der I. Kammer der „Landtag" als solcher zu setzen ist. Selbstverständlich ist, daß bei dieser Regelung die nach § 6 des A.G. vom 11. Dezember 1869 zur Vertretung der Anklage aus der Mitte des Landtags zu wählenden 3 Anklagevertreter von der Ausübung des Richteramtes ausgeschlossen sind, da es ein anerkannter Rechtsgrundsatz ist, daß Niemand in irgend einem Prozeßverfahren gleichzeitig als Ankläger und als Richter fungieren kann.

Daß eine Ministeranklage nicht erhoben werden kann, wenn die Mehrheit des Landtages die angefochtene Handlung gebilligt hat, entspricht dem demokratischen Grundprinzip, wonach der Minister lediglich ausführendes Organ der Landtags- und Volksmehrheit ist. Ebenso wird es zweckmäßig sein, daran festzuhalten, daß das Recht der Anklage 3 Jahre von dem Zeitpunkt an, wo die verletzende Handlung zur Kenntnis des Landtages gekommen ist, erlischt, wenn der Landtag jenes Recht nicht wenigstens durch den Beschluß, den Antrag auf Erhebung einer Anklage in Betracht zu ziehen, gewahrt hat.

Ausland.

Amsterdam, 21. Dez. (WTB.) Die sozialdemokratische Zeitung „Het Volk" veröffentlicht heute einen Aufruf der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands an die belgischen Sozialdemokraten, in dem gegen die annexionistischen Gelüste eines Teils der belgischen Presse auf Kosten Hollands protestiert wird.

SK. **Die Kirche lernt um.** Am letzten Sonntag hielt der schwedische Erzbischof Söderblom in einer Stockholmer Kirche eine Predigt, in der er u. a. sagte, die Forderungen der Arbeiter betreffs Neuordnung seien in voller Uebereinstimmung mit den Propheten und die Sozialdemokraten verträten die besten und vernünftigsten Forderungen inbezug auf eine normale Neuordnung der Gesellschaft.

Schweizerischer Arbeiter-Kongreß.

WTB. **Bern,** 23. Dez. Schweiz. Dep.-Agentur. Der zweite schweizerische Arbeiterkongreß unter Vorsitz von Grimm-Bern wurde heute morgen 9 Uhr eröffnet. Seine Haupttätigkeit ist der Ausbau und die künftige Aktion der Arbeiterschaft durch die Bestimmung des allgemeinen Arbeiterkongresses zur bleibenden obersten Instanz der schweizerischen Arbeiterschaft. Er setzt sich zusammen aus den Delegierten des schweizerischen Gewerkschaftsbundes und der schweizerischen sozialen Partei. Der Kongreß wird jeweils von Fall zu Fall einberufen. Die Exekutiv-Organe für die Massenaktion sollen die allgemeinen Arbeiterkongresse, zentralen Aktionskomitees (15gliedrig) und das Arbeiter-Aktionskomitee sein. Ein Antrag auf die Ersetzung des Oltener Aktionskomitees durch ein neutrales Büro, da das Oltener Komitee in Anklagezustand sei, wurde mit 2127 gegen 124 Stimmen angenommen. Die Verhandlungen wurden für die ganze Presse für öffentlich erklärt. Die Diskussion über den Generalstreik vom November nahm die ganze Vormittags- und Nachmittagssitzung in Anspruch.

Nebs-Zürich machte das Aktionskomitee für den kläglichen Ausgang des Generalstreiks verantwortlich.

Münch-Bern bezeichnete die Art des Vorgehens des Aktionskomitees beim Generalstreik als dilettantisch. An die Stelle der Oportunitätstaktik müßte der Kampf um die Macht treten.

Mayer-Zürich vermißt beim Aktionskomitee eine feste Haltung in Bezug auf den Streik.

Auch andere Redner wandten sich stark gegen das Aktionskomitee. Weitere Redner verteidigten die Haltung der Streikleitung. Ein Weiterführen des Kampfes hätte den Bürgerkrieg ausgelöst. Eine neue Aktion, die zweifellos komme, müsse besser vorbereitet werden. Der Arbeiterkampf in der Schweiz müßte unter Berücksichtigung der historischen Entwicklung geführt werden.

Gegen 8 Uhr abends wurde folgender Antrag Huber-Rorschach angenommen: „Der allgemeine Schweizer Arbeiterkongreß protestiert gegen die Versuche der Bourgeoisie, die einzelnen Arbeiter und Vertrauensleute herauszugreifen, um sie als Opfer einer brutalen Klassenjustiz in den Kerker zu werfen und durch den Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte an der Verteidigung der Arbeiterforderungen in den Bundesbehörden zu verhindern, wegen ihrer Teilnahme am Landesstreik, den die gesamte Arbeiterschaft als ihre gemeinsame Tat betrachtet und zu verantworten gewillt ist. Der Kongreß erklärt seine Entschlossenheit, seine moralische und materielle Solidarität zu bewahren, und mit diesen Opfern auszuharren im geschlossenen und einigenden Kampf bis zur vollen Verwirklichung aller politischen und wirtschaftlichen Ziele." Der Bericht des Arbeiterkomitees über den Landesstreik wurde mit 201 gegen 72 Stimmen genehmigt. Um 9 Uhr begann eine Nachtsitzung.

Habet acht auf die Demagogen!

Geht den Demagogen ordentlich hinaus, wenn sie die Revolution verdächtigen, die an dem Unglück Deutschlands schuld sein soll. Die Revolution war die Erlösung. Die Kriegshetzer hätten noch jahrelang so fortgemacht und schließlich hätte der Krieg doch keinen anderen Ausgang genommen. An dem Unglück Deutschlands sind die Kriegshetzer schuld.

Zahlt es ihnen heim am 5. Januar!

Wählt sozialdemokratisch!

Die Nationalwahlen in Baden.

Ein kommandierender General für die Wahl von Sozialdemokraten.

Die neueste Nummer des Korps-Verordnungsblattes, herausgegeben vom Generalkommando des 14. Armeekorps, enthält an der Spitze eine Bekanntmachung über die Richtlinien für die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung. Man traut seinen Augen kaum, wenn man folgenden Passus liest:

Die schlimmste Gefahr werden wir vom Vaterlande abwenden helfen, wenn wir die jetzige Regierung gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten unterstützen gegen die Anarchie und den Bolschewismus, die zur völligen Zertrümmerung des Erwerbslebens, zum Hungertode führen. Den Frieden, den Heimat und Familie heiß ersehnen, würden wir nicht erhalten, wenn wir die Regierung in ihrer staatserhaltenden Absicht nicht unterstützen, sondern den Spartakusleuten zum Siege verhelfen. Unsere Stimmen müssen also den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien, die sich vereint gegen die Spartakusgruppe wenden, gehören.

Der Erlaß ist unterzeichnet: Der kommandierende General v. Gontard, Generalleutnant. Vor acht Wochen noch hätte man einem General, der ähnliches bekannt gegeben hätte, schon am nächsten Tage den Zylinderhut zur Verfügung gestellt. Was doch die Revolution nicht alles fertig gebracht hat?!

Einiges zum demokratischen Programm.

Ein Lehrer, Parteigenosse, schreibt uns:

Die Herren von der Deutschen demokratischen Partei haben sich nun ihren Wahlaufruf und ihr Programm abgequält. Es mag manchem von den ernstlich fortschrittlich denkenden Führern kein Leichtes gewesen sein, ihr Ja und Amen zu dem Elaborat zu geben. Die Lehrer interessiert am meisten der Abschnitt „Auf dem Gebiet der Schule". Gegen die ersten Punkte: Sittliche Erziehung des Volkes etc., Erhaltung der gemischten Schule, Beseitigung aller Standesschulen, Erleichterung des Uebergangs von einer Schulart zur anderen, Entwicklung der Einheitsschule, Erleichterung des Aufsteigens Begabter ist nichts einzuwenden, sie könnten gerade so gut in unserem Programm stehen. Um so größere Bedenken erregt aber der letzte Programmpunkt: Errichtung von staatlichen Anstalten, in welchen begabte Kinder minderbemittelter Eltern nötigenfalls auf Staatskosten, Aufnahme finden. Daß diesen Satz Männer wie Haas, Hummel und Muser mit ihren Namen decken, ist einfach unverständlich! So könnte im Zentrumsaufruf, so könnte im Aufruf der Konservativen und Nationalliberalen auch stehen! „Nötigenfalls auf Staatskosten!" Ist das demokratisch, Wohltaten zu spenden, wo Rechte zu fordern sind? Jeder Klardenkende weiß doch zu genug, wie ein Studieren auf Staatskosten lebenslang als Fluch auf dem liegt, der auf ein solch nötigenfallsiges Betteln angewiesen ist. Wohltat wird in diesem Falle unter allen Umständen Plage.

Frieden auf Erden.

Von Lorenz Kjerbüll-Petersen.

Rings harte Erde — tot — in starrem Krampf!
Darüber bellt und heult der Elemente Kampf:
Sturmhunde, die nach grauen Wolken hetzen
All ihren Leib zu weißen Flocken fetzen.

Daß sie zerrissen flattern durch das All.
Verdammten Engeln gleich im Sündenfall.
In ihres Sturzes wilder Schmerzgebärde,
So taumeln sie zu der entseelten Erde.

Bis daß im Sturmgebraus das Weltgericht
Das Todesurteil ihrem Irren spricht,
Und sich, zu weißen, weiten Ewigkeiten
Vereint, die seelenlosen Leiber breiten.

Ein fahler Mond gießt kaltes, bleiches Licht
Auf ihr gemeinsam Totenangesicht.
So ruhen sie — gelöst von Stein und Werden:
Der Kampf ist aus — und Friede ward auf Erde.

Heimkehr.

Von Lorenz Kjerbüll-Petersen.

Frosterstarrte Erde, grau verhängter Himmel, sturmzerfetzte Wolken in rasender Flucht! — —

Ueber die Heide, die weite, unendliche Heide, schreitet ein Mann, jung und sehnig die Gestalt, die Züge scharf und wetterhart.

Hinter ihm der kleine Landbahnhof verschwand im ungewissen Dunst; irgendwo vor ihm, dem Auge noch verborgen — da liegt ein Dorf. Ein kleines Dorf, bescheiden und unansehnlich, wie die Heidedörfer sind. Ein Dorf darin man geboren wird, ein Dorf, darin man stirbt; ein Dorf, das eine Welt bedeutet für alle, die in ihm leben, ein Dorf, nach dem man sich sehnt, wenn man draußen wandern muß in der weiten Welt, so wie ein Kind sich nach der Mutter sehnt. O mein Heimatdorf! — — —

Der einsame Wanderer schreitet und schreitet, und es ist ein seltsamer Glanz in seinen Augen, ein Glanz wie von heimlichen Tränen, von denen niemand weiß; denn Männer weinen nicht. Und er denkt und denkt. — — —

An Vieles denkt er, was er erlebte in diesen letzten Jahren, die das sonnige Leuchten ihm aus der Seele bannten. So alt war er geworden in diesen Jahren, so alt. — —

Und er denkt an die gräßlichen Tage im erbarmungslosen Eisenhagel des Trommelfeuers, an die langen, trostlosen Nächte in Blut und Schlamm. — Und denkt — und fühlt das Brennen der Wunde in seiner Brust, die ihm die Kugel riß. — Und denkt an weiße Betten, darin man lag so zwischen Traum und Wachen und sich an nichts besinnen konnte vor Schwäche und Müdigkeit. — Und steht die stillen Schwestern leisen Schritts von Bett zu Bett gehen. — Aber er weiß nicht mehr so recht, wie das alles war. Es war auch so schnell vorbei. — —

Und weiter denkt er, an Kasernenhofdrill, schnarrende Kommandoworte, wüste Schimpfereien — und seine Lippen pressen sich zusammen und an der Schläfe schwillt die bekannte blaue Ader. — Aber dann lächelt er wieder: das alles war ja einmal, ist nicht mehr! — —

Und er denkt an die langen, langen Tage und Nächte in den russischen Wäldern und Sümpfen, und denkt an die lange, lange Fahrt der Heimat entgegen durchs freie deutsche Land; fühlt noch den freudigen Schrecken, den er empfand, als er zum erstenmal die rote Fahne der Revolution im Novemberwind wehen sah, fühlt noch das Jauchzen seiner Seele, als er die Klänge der Marseillaise vernahm.

An das alles denkt er, wie er so über die heimatliche Heide schreitet. Und alles kommt ihm so fern vor, so lang vergangen — und war doch gestern, heute noch. Aber nun ist es nicht mehr. Nun ist nichts als die unendliche Heide und die unendliche Sehnsucht. — Süße Heimat! —

Nun ist es dunkel geworden. Nun zünden sie die Lampen an und sammeln sich um den behaglichen Kachelofen. Und Mutter legt noch einen Torf aufs Feuer, und der Teekessel singt. — Und nun nimmt ihn Mutter auf den Schoß und erzählt ihm ein Märchen. „Es war einmal" — beginnt sie. Und er ist ganz andächtig und still und lauscht. — — —

Eine Eule schreit, da schrickt er auf und lächelt müd und weh. Ja ja, — es war einmal.

Und nun läßt er die Vergangenheit und denkt an heute und die Zukunft. Und — wie hatte er das doch nur vergessen können! — heute ist ja Weihnachtsabend. — — Und wieder lächelt er und beschleunigt den Schritt. Und nun sieht er auf einmal die Lichter des Dorfes durch den Abend blinken. Da wird er fröhlich wie ein Kind und fängt zu laufen an wie ein ungeduldiges Kind. — —

Und nun steht er vor dem Fenster, heimlich wie ein Dieb, und schaut hinein. — Da steht der Tannenbaum, wie es immer war am Weihnachtsabend, nur daß einzig drei Lichtlein an ihm brennen. —

Den Vater sieht er nicht; der sitzt im Lehnstuhl und dreht dem Fenster den Rücken zu. Und der blaue Rauch der Pfeife ringelt sich durch den Raum. —

Aber die Mutter sieht er. — Heute läßt sie die fleißigen Hände ruhen, und in ihren Augen ist so ein feuchter Schimmer, halb wehmütig, halb froh. —

Und auf dem Tische steht sein Bild. Und nun sprechen sie. Er weiß, wovon sie sprechen — von ihm. — — —

Da hält es ihn nicht länger vorm Fenster. Ganz leise, ohne anzuklopfen, öffnet er die Tür, ganz leise. — —

Aber die Mutter hat es gehört. Sie wendet die Augen nach der Tür; aber sie kann nicht aufstehen, sie zittert am ganzen Leib.

Und da kommt es über ihn. All die Sehnsucht, die jahrelang in ihm schlief, sie bricht mit der ganzen Gewalt des jäh erwachten Gefühls über alle Schranken der Vernunft und der Beherrschung, wird reißend und groß wie ein Sturzbach zur Frühlingszeit. — —

Und er stürzt auf seine Mutter zu, er kann nicht sprechen, die Kehle ist ihm wie zugeschnürt, nur schluchzen kann er noch — und stürzt in die Knie und birgt das heiße Haupt tief, tief in ihren Schoß. —

So stille ists im Raum. — Nur die Wanduhr tickt eilig und unaufhörlich wie stets, und aus der Ferne klingt, vom Wind daher geweht, ein Kinderweihnachtslied. — — —

demokratisch ist, jedem, der die Gaben hat, die Schulung zuteil werden zu lassen, die ihm die Förderung seiner Gaben gewährleistet, aber ohne ihm eine Wohltat damit zu erweisen, sondern weil es des Begabten Recht und des Staates Pflicht ist, mit geistigem Talent Wucher zu treiben. Das Stigma „Wohltat", das letzten Endes zu Devotheit zwingt, ist aber nur genommen, wenn alle Kosten für Unterricht, für Begabte und Unbegabte, für Kinder bemittelter und unbemittelter Eltern vom Staat übernommen werden. — Den demokratisch-liberalen Programmauchern gelang es hier also nicht, den nationalliberalen Pferdefuß ihres Programms ganz zu verdecken. Auch sonst guckt er in der großen Musterkollektion verschiedentlich hervor.

Wählerversammlung in der Kirche.

—ch. **Knielingen**, 18. Dez. Infolge einer Ankündigung des hiesigen Herrn Pfarrers am letzten Sonntag morgen, daß abends ein besonderer „Gottesdienst" für alle Frauen und Mädchen, sowie Männer und Jünglinge stattfinde, begaben sich auch einige Parteigenossen am Abend in die Veranstaltung, sie vermuteten ganz richtig, daß in diesem „Gottesdienst" in Politik gemacht werden würde. Und tatsächlich war von einem Gottesdienst nichts zu verspüren, die Rede war weiter nichts als eine ausgesprochene Wahlrede. Der Herr Pfarrer besprach die Trennung von Staat und Kirche. Er führte dabei aus, daß die evangelische Landeskirche vom Staate eine Subvention von nur 300 000 *M* beziehe, die katholische Kirch eine solche von 350 000 *M*, während für das Karlsruher Hoftheater allein 600 000 *M* ausgeworfen würden. Durch diese Gegenüberstellung sollte der Wert des Theaters als Bildungsinstitut gegenüber dem Werte der Kirche als Erziehungsfaktor herabgesetzt werden. Im weiteren führte der Herr Pfarrer aus, daß im Falle einer Trennung von Staat und Kirche man keinen Lehrer mehr zur Abhaltung von Religionsunterricht verpflichten könne und er könne doch diesen nicht allein erteilen. Würde die Kirche vom Staate getrennt, so würden z. B. am hiesigen Orte viele keine Kirchensteuer mehr bezahlen und es bliebe nur noch ein kleines Häuflein Gläubiger, die aber die ganzen Lasten nicht allein tragen könnten. Die hiesige Kirchengemeinde besitze aber ein Vermögen von nur 15 000 *M*, dessen Zinsen nicht zur Unterhaltung und Besoldung eines Geistlichen ausreichen würden. Dann verstieg sich der Herr Pfarrer zu den Worten: „Ein Mensch, der keine Religion besitzt, hat kein Rechts- und kein Pflichtgefühl!" Es wäre uns ein Leichtes, dem Herrn Pfarrer eine ganze Armee von Leuten aufmarschieren zu lassen, die „Religion" besitzen — oder wenigstens so tun, als ob sie welche besäßen, bei denen aber auch von Rechts- und Pflichtgefühl recht wenig zu bemerken ist.

Nicht ganz mit Unrecht empörte sich der Herr Pfarrer dann über das Verhalten unserer Jugend, die aber doch ganz gewiß nicht religionslos erzogen wird. Weiter wies er darauf hin, daß die Kirche es war, die während der 4½ Kriegsjahre durch Trostspendung an die Hinterbliebenen der Gefallenen und Aufmunterung zum Durchhalten das Volk beruhigte, und so die Weiterführung des Krieges mitermöglichte. Dafür können wir aber der Kirche keinen Dank abstatten; im Gegenteil, es wäre uns lieber gewesen, die Kirche hätte uns die Wahrheit, die uns die alte Regierung verheimlichte, gesagt, dann wäre der Krieg vielleicht früher beendigt worden und viele Opfer an Gut und Blut wären uns erspart geblieben. Hätten wir den Scheidemann-Frieden, den der Herr Pfarrer in seinen früheren Ansprachen so sehr verwarf, erhalten, so stünden wir heute besser da und der Krieg hätte einen anderen Ausgang genommen. Schließlich meinte der Herr Seelsorger noch, bei den bevorstehenden Wahlen würden die Mädchen und „Buben" mit 20 Jahren zur Wahl gehen dürfen, während die Menschen doch erst mit 21 Jahren volljährig würden. Ein guter Christ könne nur den Kandidaten der christlichen Volkspartei seine Stimme geben, weil diese gegen die Trennung von Kirche und Staat sei, er fordere die Anwesenden auf, nur für eine solche Partei am Wahltage zu stimmen, die gegen diese Trennung ist. Damit hatte der „Gottesdienst" sein Ende erreicht.

Wir müssen dieses Hineintragen der Politik in die Kirche, wo der Gegner nicht antworten kann, diesen Mißbrauch der Kanzel und seines Amtes durch einen Geistlichen als einen großen und groben Unfug bezeichnen. Wir haben noch nicht gehört, daß der Herr Pfarrer die Groschen der Kirchensteuer, die von Sozialdemokraten bezahlt werden, zurückgewiesen hat. Der Herr Pfarrer ist als Staatsbürger ganz gewiß berechtigt, Politik zu treiben. Will er dieses, so kann er in die politischen Versammlungen gehen und dort seine Ansichten vortragen. Falls er zu uns kommt, sichern wir ihm freie Diskussion zu. Aber die Kirche sollte einem Geistlichen viel zu heilig zur politischen Agitation sein. Aber der Fanatismus gewisser Leute kennt eben solche Rücksichten nicht. Wenn der Herr Pfarrer einen Tanz mit uns wagen will, so sind wir gerne bereit. Wir hätten schon oft Gelegenheit gehabt, mit ihm in die Oeffentlichkeit zu gehen, so namentlich wegen der „Waschlappengeschichte" vor einigen Wochen, haben dies aber aus Friedensliebe unterlassen. Wir können aber auch anders werden; es kommt nur auf ihn an.

Angesichts dieses Treibens eines Geistlichen können wir unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger nur auffordern, am Wahltage ihre Stimme den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei die für Recht und Freiheit jedes Einzelnen eintritt, zu geben und sich von niemandem, auch nicht von geistlicher Seite, davon abbringen zu lassen. Die Sozialdemokratie hat bewiesen, daß sie eine richtige Ordnungspartei ist, sonst wäre vielleicht die deutsche Revolution nicht ganz so ruhig verlaufen, wie dies allenthalben in unserm Lande geschehen ist. Gegen solchen Unfug des Mißbrauchs einer Kirche zu Wahlzwecken gibt es nur eine Antwort: Der sozialdemokratische Stimmzettel.

Volksversammlung in der Kirche. Eine Neuerung, die selbst über die radikalsten Forderungen der radikalsten Parteien hinausgeht, hat der evangelische Ortspfarrer von Spöck, Amtsbezirk Karlsruhe, eingeführt. Am Sonntag morgen verkündete er, wie uns berichtet wird, im Gottesdienst, daß nachmittags 4 Uhr in der Kirche eine öffentliche Wählerversammlung der christlichen Volkspartei stattfinden würde, wozu Männer und Frauen eingeladen seien. Und tatsächlich fand auch nachmittags die Versammlung statt, ein Herr Kolb hielt die Rede. Es ist natürlich selbstverständlich, daß nun die anderen Parteien auch an den Pfarrer herantreten werden und ihn um Ueberlassung des modernsten Versammlungslokals ersuchen werden; und als gerechter Mann, der er als Pfarrer sein muß, wird er gewiß nicht den Wunsch abschlagen können. Trotzalledem wird die Religion und Kirche immer nur von den — andern herabgewürdigt.

•

Die Verwerdung der Kirche zu Wahlzwecken scheint nun allgemeine Gepflogenheit zu werden. Wie uns heute aus Rüppurr berichtet wird, hat der dortige evangelische Pfarrer schon zweimal im Gottesdienste „Frauen und Mädchen über 20 Jahre" auf nachmittags eingeladen und am letzten Sonntag wurden die Frauen und Mädchen durch Handzettel auf nachmittags in die Kirche eingeladen, Herr Stadtpfarrer Bauer aus Karlsruhe würde sprechen über: Kirche und Nationalversammlung. — Und weiter geht uns aus Langensteinbach ein Bericht zu, wonach auch dort der Pfarrer Zimmer eine Einladung an die weiblichen Pfarrangehörigen erließ, nachmittags in die Kirche zu einer „Besprechung" zu kommen. Was das für eine „Besprechung" war bedarf keiner weiteren Erläuterung. Es kann diesen Herren das Handwerk nur gelegt werden, wenn die anderen Parteien ihrerseits nun ebenfalls die Kirche als Wahllokal beanspruchen, denn was dem einen recht ist, ist dem andern billig.

Grötzingen, 22 Dez. Von Montag, 23. Dez., ab liegen in folgenden Wirtschaften die Wählerlisten auf: 1. Bezirk: Gasthaus zum „Ochsen", 2 Bezirk: Gasthaus zum „Löwen", 3. Bezirk: Gasthaus zum „Schwanen". Die Bezirkseinteilung ist in Nr. 100 des Anzeigers von Grötzingen vom 11. Dezember 1918 bekannt gegeben worden. — Männer und Frauen! Ueberzeugt euch, ob ihr in die Wählerliste aufgenommen seid. Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen.

Quittung für den Wahlfond der Sozialdemokratischen Partei. Für den Wahlfond gingen weiter ein: Liste 677. 20 *M*; Liste 191, 192, 193: 67 *M*; Liste 901: 20 *M*; Liste 482: 16,20 *M*; Liste 173: 59 *M*; Revier 4 der Volkswehr: 15,50 *M*. Zus. 197,80 *M* vorher quittiert: 4420,10 *M*, zus. 4617,90 *M*.

Weitere freiwillige Beiträge nehmen entgegen die Vertrauensleute der Partei, Expedition und Redaktion des „Volksfreund", sowie der Parteisekretär A. Abele, Wilhelmstraße 47. Telephon 2300.

2. Kreis.

r. **Offenburg**, 23. Dez. Sozialdem. Partei. Am Weihnachtstag, nachmittags 2 Uhr, findet in der Brauerei „Mundinger" in Offenburg eine wichtige Besprechung der Ortsvorstände der verschiedenen Wahlvereine und der Vertrauensleute des ganzen 2. Wahlkreises statt. Wir bitten die Vorstände, vollzählig zu erscheinen, ebenso die Vertrauensleute.

Der Vorstand der Wahlkreiskomitees: Franz Geiler.

Für unsere Frauen.

Frauenwahlrecht.

Wenige Wochen noch, und der Aufmarsch der Frauen zur Wahlurne beginnt. Ein ungeheures Verantwortlichkeitsgefühl muß die Frauen beseelen. Sie, die man niemals an den politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Beratungen teilnehmen ließ, werden bei den kommenden Wahlen, den bedeutungsvollsten, die das Land jemals hatte, die Ausschlaggebenden sein. Der Weltkrieg mit seinen wirtschaftlichen Erschütterungen, dem Zusammenbruch des Kaiserreichs und des kapitalistischen Wirtschaftslebens brachte den Frauen die durch Jahrtausende vorenthaltene Freiheit. Führer der deutschen Sozialdemokratie, die heute die höchsten Stellen in Reich und Staat einnehmen, brachten als erste Morgengabe der jungen Republik den Frauen die politische Mündigkeit. Nun gilt es, dieses höchste Recht als Staatsbürgerin auch würdig zu handhaben und es sich für die Zukunft zu erhalten.

Und das werden die Frauen tun! Die zwölf Millionen erwerbstätiger Frauen in Stadt und Land haben am eigenen Körper die Peitsche des unersättlichen Kapitalismus gefühlt, die Hausfrauen wissen, wie es ihnen schon vor dem Krieg durch die Zoll- und Steuerpolitik, während des Krieges durch Wucher und Schleichhandel unmöglich gemacht wurde, eine gute sorgenfreie Häuslichkeit zu führen. Das alte Regiment hat die Frauen bestohlen um Mutter- und Frauenglück, hat ihnen das Leben schwer und bitter gemacht. Ihr Vertrauen gilt der Sozialdemokratie. Der starke Besuch der Frauenversammlungen zeigt, daß die Frauen gewillt sind, Abrechnung zu halten und mitzuhelfen an dem Aufbau eines gesunden Staats- und Wirtschaftslebens, wo auch die Fraueninteressen voll und ganz gewürdigt werden.

Helene Grünberg-Nürnberg.

Wilson und der Versöhnungsfriede.

Eine mit den Richtlinien des Wilsonschen Friedensprogramms innig vertraute Persönlichkeit teilt mit: „Präsident Wilson ist entschlossen, seinen die Versöhnung und Vereinigung der Kulturvölker zu einem Friedensbunde bedingenden 14 Grundsätzen Geltung zu verschaffen.

Der Präsident weiß, er wird auf ernste Schwierigkeiten stoßen. Betrübende Vorgänge bei der Besetzung der Pfalz und des Rheinlandes und die haßvollen Auslassungen französischer und englischer Blätter weisen auf eine Stimmung hin, die den Friedensverhandlungen kein beruhigendes Wahrzeichen stellen. Der Präsident wird sich kraft der ihm unzweideutig eingeräumten Befugnisse dafür einsetzen, daß sein der Welt verpfändetes Wort rein eingelöst werde. Der Präsident ist sich seiner moralischen Pflicht, der Welt einen Frieden der Versöhnung zu erwirken, bewußt und wird sie ohne Vorbehalte erfüllen. Er hat die Zuversicht auf das Gelingen seines Werkes trotz erneut vordrängender Gelüste nicht verloren.

Die Hauptpunkte seiner Grundsätze betreffen das **Selbstbestimmungsrecht der Völker**, die Deutschland aufzuerlegende **gerechte Sühne**, die **Freiheit der Meere. Elsaß-Lothringen wurde Frankreich 1870 gegen seinen Willen entrissen; es soll mit Frankreich wieder vereinigt werden.** Darüber besteht nach Ansicht des Präsidenten auch in Deutschland **kein Zweifel.**

Ebenso dürfen sich Frankreich und England keinem Zweifel darüber hingeben, daß bei dem **Ausgleich der Sühne Gerechtigkeit und Menschlichkeit** vorwalten müssen. Die Sühne soll der Höhe der Schuld angemessen sein, **zwischen der Schuld der Kriegsurheber und der Schuld des deutschen Volkes ist jedoch gebührend zu unterscheiden.** Jene war ein Verbrechen vor Gott und den Menschen, diese eine schwere Irrung, die ein **mildes Urteil** nicht ausschließen darf. Das deutsche Volk muß **weiterleben und arbeiten** können im Interesse der Weltkultur. **Wer Vernichtungsgedanken hegt, will nicht den Frieden.**

Der dritte Punkt — **die Freiheit der Meere** — ist an Vor-

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badische Kunstsorgen.

I.

In diesen denkwürdigen Tagen politischer Umwälzungen, wo aller Blicke mit ängstlicher Spannung auf die kaleidoskopartigen Neuerscheinungen in und außerhalb unseres Vaterlandes gerichtet sind, ist selbst bei dem Künstler und Kunstfreund wenig Geneigtheit vorhanden, sich mit besonderem Interesse internen badischen Kunstangelegenheiten, speziell im Gebiete der bildenden Kunst, zu befassen. Und doch wäre bei den krassen Zuständen in dieser Hinsicht und der daraus für die Zukunft sich leicht ergebenden schlimmen Folgen eine ebenso besonnene wie ernste Prüfung am Platze. Zwar ist dieses Thema schon sehr viel von Für und Wider behandelt und mißhandelt worden; doch war bei all diesem Hin- und Hergerede gerade der springende Punkt wie geflissentlich ignoriert worden, und gerade wo mit Kraft und ohne Schonung Fehler gegeißelt werden sollen, ist es unbegreiflicherweise nicht geschehen.

Als Quelle aller verfehlten Bestrebungen, Quertreibereien, Irrungen und Wirrungen möchte ich die künstlerische Unzuständigkeit der Karlsruher leitenden Kunstkorryphäen bezeichnen, seien es die hiesigen Malprofessoren selbst oder die noch immer in Kunstdinge hereinpfuschende alte Schule der Kunsthistoriker. Ich sage mit Absicht künstlerische Unzuständigkeit und nicht Impotenz, so lange noch schaffende Meister leben wie H. Thoma und andere, bei denen aber leider die schaffende und kritische Potenz nicht vereint zu treffen sind. So fehlt uns die in jedem Betracht vollgültige Malerpersönlichkeit, bei der eine hohe Kunstproduktivität Hand in Hand geht mit der Fähigkeit einer absolut treffsicheren Kunstwertung. Ohne Zweifel sind solche Persönlichkeiten selten zu finden und noch seltener an ein Provinzstädtchen wie Karlsruhe zu binden, doch dürfte eine gut beratene Regierung bei gutem Wollen und klingendem Entgegenkommen sicherlich keine Absage von einem Meister ersten Ranges erhalten haben. Zwar schien sich unter der Führung H. Trübners eine neue Aera aufzutun zu haben, vor allem nach der rein malerischen Seite hin, und es wäre zweifellos ein in dieser Richtung vom Meister inszenierte Tätigkeit herzlich zu begrüßen gewesen, wenn nicht seiner hohen malerischen Potenz ein Manko an seelischen Qualitäten entgegengestanden hätte. Das Malerische schlechtweg ist eben noch nicht die Kunst. Von diesem einseitigen Standpunkte aus könnte man mit ruhigem Gewissen dreiviertel aller Meisterwerke streichen und hätte damit das Beste preisgegeben.

Die engen Beziehungen, die die künstlerisch unzuständigen Faktoren mit der staatlichen Kunstpolitik verknüpft, machen natürlich alle Versuche der Besserurteilenden zu einer Neuorientierung von vornherein illusorisch. Einer schlechtberatenen Regierung ist es kaum übel zu nehmen, wenn sie unter solchen Umständen Maßnahmen ergreift, die einer Kritik nie und nimmer standhalten können. Insbesondere betrifft dies in erster Linie die Frage der Galerieankäufe und die Besetzung der Professorenstellen an der Akademie der bildenden Künste.

Von einer ehemals so stolzen Höhe des Ruhmes, wie selten eine andere Akademie sie je erreicht hat, ist diese Anstalt nunmehr auf das tiefste Niveau herunter gesunken, dank der unverantwortlichen Kurzsichtigkeit und künstlerischer Unzulänglichkeit der leitenden Professoren und Regierungsorgane. Statt bei der Besetzung der offenen Lehrstellen die Wahl auf geeignete Kräfte zu erstrecken, haben sich einige Wenige berufen gefühlt, pädagogisch wie künstlerisch imposante Leute von auswärts zu engagieren, geleitet von dem Streben, guten Freunden und Verwandten auf die schwachen Beine zu helfen. Nicht nur, daß die Verständigen offen ihr Mißfallen darüber zum Ausdruck gebracht haben, nein, selbst die jüngsten Schüler glaubten diese Fehlgriffe in Erkenntnis der drohenden Gefahren mit einem dringenden Protest beantworten zu müssen, damals allerdings ohne Erfolg unter dem verrosteten alten System. Begreiflich genug, man wollte eben keine Tüchtigen von Seiten der Professorenschaft, um ungeniert weiterwursteln zu können und um nicht allzusehr seiner Impotenz bewußt zu werden. Wo das Blühen und Gedeihen der Anstalt allein zur Direktive hätte werden sollen, waren es häßliche und kleinliche Motive egoistischer Sonderinteressen, die den Ausschlag gegeben haben. Man wende ja nicht die geringe Gage ein, mit dieser haben auch Könner und Meister Vorlieb nehmen müssen. Es wird eine Hauptaufgabe der neuen Regierung sein, hier diesem Treiben einmal kräftig einen Riegel vorzuschieben und womöglich mit eisernem Besen den Augiasstall von ungeeigneten Lehrern zu reinigen, die bis dato unberührt das Objekt der Geringschätzung der jungen Künstlerschaft bleiben konnten. Anders gibt es keine Mittel, wieder einen Aufstieg anzubahnen. Seit dem Tode W. Trübners ist diese Frage der Neubesetzung noch mehr akut geworden und hat selbst die Aufmerksamkeit weiterer Kreise mit in ihren Bann gezogen. Unablässig sind Vorschläge publiziert worden, wie das derzeitig tiefe Niveau am besten wieder zu heben wäre. Nicht daß bei Lebzeiten dieses großen Meisters die Verhältnisse besser gewesen wären; die Lehrkräfte waren damals mit verschwindend wenigen Ausnahmen ebenso minimal und weit unter dem Maße der vernünftigerweise zu fordernden Leistungsfähigkeit. Wenn dennoch eine große Zugkraft junge Talente hierher führte, so war es dem weitverbreiteten Ruhme Trübners allein zu verdanken. Aber gerade diese unumstößliche Tatsache der überlegenen Meisterschaft W. Trübners hat ihm die erbittertste Gegnerschaft und den unversöhnlichsten Neid seiner Mitkollegen eingetragen zum Schaden der Anstalt selbst und der ganzen Karlsruher Kunstverhältnisse. Wo immer er auch mit Recht seinen Einfluß maßgebend machen wollte, ist ihm eine Clique Kleiner und allzu Kleiner entgegengetreten, selbst der Hof hat sich nicht gescheut, gegen ihn Stellung zu nehmen. Den Zudrang seiner Schüler haben seine Kollegen mit allen Schikanen zu unterbinden versucht. Wenn jemals ein Maler die begründetste Anwartschaft gehabt hätte, die lernenden jungen Talente mit der Kunst des Malens vertraut zu machen, so war es eben Trübner allein, dessen farbensicheres Auge, harmonische Geschmacksbildung und tiefe Realistik gefestigt war durch jene bewährte Tradition altmeisterlicher Technik, wie er sie aus den Händen von Dr. Leibl empfangen hat. Wer die Lernbegier der herangereiften Schüler gekannt hat, kann auch leicht ermessen, von welcher Tragweite und Fruchtbarkeit Trübners Unterricht für alle begabten Maler hätte sein können, wenn man ihn in seiner Wirksamkeit nicht bloß auf die Meisterabteilungen beschränkt hätte. Statt dessen überließ man das eindrucksfrohe Gemüt der jüngeren Schüler in den Malklassen der unzureichenden und irritierenden Korrektur von Professoren, deren Befähigungsnachweis zur pädagogischen wie künstlerischen Geistesfähigkeit bis jetzt noch nicht erbracht ist. Später fiel dann in den Meisterklassen W. Trübner die undankbare Aufgabe zu, mit allen Mätzchen scheinbarer Koloristik gründlich wieder aufzuräumen, um Raum zu schaffen für eine ehrliche Anschauungsweise und natürliche Farbengebung.

N-P.

„Das badische Land im Bilde." Ausstellung in der Kunsthalle Mannheim. Die lange vorbereitete Ausstellung „Das badische Land im Bilde" wird nunmehr am 2. Weihnachtsfeiertage eröffnet werden. Da es sich um eine Ausstellungsidee handelt, deren Verwirklichung zum ersten Male versucht wird, wurde auf die Zusammenführung eines möglichst vielgestaltigen Materiales Wert gelegt, sodaß die Bildersäle für diesen sich an die breitesten Volkskreise wendenden Zweck bis auf einen geräumt werden mußten. Die Ausstellung füllt somit den weitaus größten Teil der Räume des Ober- und Untergeschosses und vereinigt weit über tausend Kunstwerke — vorwiegend graphischen Charakters — zu einer Gesamtschau. Gezeigt werden Ansichten aller Teile des badischen Landes von Künstlern der Vergangenheit und Gegenwart. Zahlreiche Museen und Privatsammler haben durch Ueberlassung ihres reichhaltigen Materials das Unternehmen bereitwilligst gefördert. Sie werden in einem Führer genannt, den Herr Dr. Storck vorbereitet. Der Altmeister badischer und deutscher Malerei Hans Thoma hat der Ausstellung ein Geleitwort auf den Weg gegeben, das in dem genannten Flugblatt gleichfalls zum Abdruck kommen wird.

bedingungen geknüpft, die historischen Ansprüchen widersprechen. Der Völkerbund, wie er vom Präsidenten gedacht ist, läßt diese aber hinfällig erscheinen. Das Recht der Völker auf Freiheit der Seewege wird durch völkerrechtliche Vereinbarungen, durch die allgemeine Abrüstung und durch eine internationale Seepolizei sicherer gewahrt werden, als durch die Vor- und Uebermacht einer Flagg.

Diesen Standpunkt wird der Präsident in der Friedenskonferenz mit aller Entschiedenheit vertreten."

Vom besetzten Gebiet.

Die französischen Truppen im besetzten Gebiet.

Lyon, 23. Dez. Das Betragen der franz. Truppen in den besetzten Gebieten bildet den Gegenstand von Lobeserhebungen in der Weltpresse. Es ist von Bedeutung, diese Berichte mit dem Urteil der deutschen Presse und Erklärungen zu vergleichen. Der „Neueste Anzeiger" schreibt bezüglich der Besetzung von Mainz durch die ersten franz. Truppen: Die Führung der Garnisontruppen ist musterhaft. Die bedürftigen Leute erhalten von den Soldaten Weißbrot, Schokolade, Wein und Bohnen und die Requisitionen geschehen nur durch Vermittlung der Behörden".

Aus Kreuznach: Der erste Eindruck war ein Gefühl der Beunruhigung, man wußte nicht, wie sich die Franzosen gegen die Bevölkerung betragen würden. Dieses Gefühl wich beinahe unmittelbar und machte einem Erstaunen Platz, welches die Bewohner nicht verbergen konnten. Man erwartete ein durch den U-Bootkrieg erbittertes Heer. Man fürchtete Diebstähle, Plünderungen und Strafen und Requisitionen. Man stellte eine Disziplin her, welche die durch die Nachhuten des deutschen Heeres verursachten Unordnungen änderte. Man bewunderte die Kameradschaftlichkeit, welche die Offiziere und Soldaten vereinigten. Der Besitzer des Hotels, in welchem Hindenburg und Ludendorff wohnten, hebt hauptsächlich den Unterschied zwischen dem Betragen französischer und deutscher Offiziere hervor.

Aus Mainz wird berichtet: In voriger Woche fand auf persönlichen Wunsch des Generals Mangin eine fast vollzählig besetzte Stadtverordnetensitzung statt, zu der General Mangin selbst in Begleitung mehrerer Offiziere erschien. Die Versammlung trug einen feierlichen Charakter. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache durch den Oberbürgermeister Dr. Göttelmann, in der dieser dem Wunsche Ausdruck gab, daß der General mit Milde seines schweren Amtes walten möge, ergriff Mangin das Wort zu einer längeren Ansprache, in der er betonte, daß, solange in Deutschland noch immer der Irrtum vorherrsche, die deutsche Armee sei unbesiegt, die gegenwärtigen harten Bedingungen nicht gemildert werden könnten.

Der Oberbürgermeister antwortete darauf dem General, daß in Deutschland jeder vernünftige Mensch zugebe, daß Deutschland verloren sei; man betone lediglich, daß es in Ehren verloren sei.

Im Laufe der Debatte erwiderte Mangin auf die Anfrage des Sozialdemokraten Schildbach, ob die Ententebefehlshaber nach wie vor nichts mit den A.-S.-Räten zu tun haben wollten, die Besatzungsführer hätten so lange mit den A.-S.-Räten nichts zu tun, wie man nicht wisse, von wem sie ihre Gewalt hätten. Soviel man wisse, hätten sie sich selbst zu dem gemacht, was sie seien.

Nußdorf (Pfalz), 21. Dez. Bei der Durchsicht eines Wagens der Oberlandbahn entdeckte ein französischer Offizier einen Mann mit einem Sack voll Kartoffeln. Auf Befragen erfuhr der Offizier, daß er für den Zentner Kartoffeln 15 Mk. habe bezahlen müssen. Der Offizier nahm den Mann und die Kartoffeln in sein Auto und ließ sich das Haus zeigen, wo er die Kartoffeln gekauft hatte. Der Bauer mußte dem Arbeiter noch 2 Zentner Kartoffeln für die 15 Mk. geben.

Deutsches Reich.

Die Wahlen in Braunschweig.

WTB. Braunschweig, 23. Dez. Nach den bis jetzt vorliegenden Zahlen entfallen bei den Wahlen zur braunschweigischen Landesversammlung 39600 Stimmen auf die demokratische Volkspartei, 48 600 Stimmen auf die Mehrheitssozialdemokraten, 46 000 Stimmen auf den Landeswahlverband und 43 600 Stimmen auf die Unabhängigen Sozialdemokraten. Das Ergebnis von über 100 Orten steht noch aus.

(Die Unabhängigen haben in dem Falle etwas besser abgeschnitten als anderwärts, da Braunschweig die Hochburg der Unabhängigen ist. Daß sie aber trotzdem nicht an erster Stelle stehen und selbst dort von der Mehrheitspartei überholt werden, darf uns mit Befriedigung erfüllen. D. Red.)

Kommunalpolitik.

Bürgerausschußsitzung in Durlach.

Durlach, 19. Dez. Am 16. fand eine Sitzung des Bürgerausschusses statt. Zu Beginn der Sitzung begrüßte der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Zierau, mit herzlichen Worten die heimkehrenden Soldaten. Etwa 4000 hiesige Einwohner seien nach und nach zum Heeresdienst einberufen worden, 408 davon seien gefallen. Die Gefallenen werden in der üblichen Weise durch Erheben von den Sitzen geehrt. Der Vorsitzende berührt dann kurz die politischen Ereignisse und Umwälzungen. Wir alle, meinte er, hätten trauernd unser angestammtes Fürstenhaus verschwinden sehen (der Herr Bürgermeister hat da offenbar übersehen, daß die dem Bürgerausschuß und Gemeinderat angehörenden 39 Sozialdemokraten immer grundsätzliche Republikaner waren. D. B.); dann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Die beiden ersten Vorlagen: Ankauf und Verkauf von Gelände gaben Herrn Bahnhofinspektor Fritsch Anlaß, nach dem derzeitigen Stande der Pfinzverlegung zu fragen. Der Vorsitzende stellte für die nächste Bürgerausschußsitzung eine Vorlage in Aussicht, die jedenfalls zur Herbeiführung einer prinzipiellen Entscheidung darüber geeignet sei, ob die Pfinzverlegung nach dem Projekt der Bahnbauinspektion oder nach dem des städtischen Tiefbauamts durchgeführt werden soll. — Die Satzungen über die Erwerbslosenfürsorge fanden ohne erhebliche Debatte Annahme. Auf eine Anfrage des Gen. Haußmann, wie die Sonntagsunterstützungen der Notstandsarbeiter geregelt werden sollen, um zu vermeiden, daß diejenigen, welche Erwerbslosenunterstützung beziehen, sich materiell besser stünden, als die Notstandsarbeiter, erwiderte der Vorsitzende, daß er darüber einen Beschluß der Fürsorgekommission herbeiführen wolle. Gleichzeitig teilte er mit, daß bis jetzt 183 Anträge auf Erwerbslosenfürsorge eingegangen seien. — Die beiden letzten Vorlagen: Herstellung der Killisfeldstraße als Ortsstraße und die Ausstockung der Walzparzellen zwischen Hauptbahnlinie, der strategischen Bahn und der Karlsruher Allee löste ebenfalls keine große Aussprache aus. Zum Schlusse kam der Vorsitzende auf die A.- und S.-Räte und Bürgerwehr und deren einstweilen vorschußlich von der Gemeinde zu zahlenden Tagegelder zu sprechen, dabei betonte er, daß, wenn irgend möglich, auf eine Verringerung des Soldatenrates hingewirkt werden sollte, der zurzeit 47 Mann umfasse und doch ziemlich hohe Ausgaben erfordern. Diese Bemerkungen gaben dem Gen. Flohr Veranlassung zu einer lebhaften Entgegnung. — Im übrigen wurden die Vorlagen einmütig angenommen. F.

Baden.

Vorübergehende Einstellung der Betriebe.

Im Interesse einer notwendigen Kohlenersparnis haben am Freitag in Karlsruhe Verhandlungen stattgefunden zwischen dem Ministerium für soziale Fürsorge und den Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände. Es wurde eine vorübergehende Einstellung der Betriebe in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr beschlossen.

Auf Grund der stattgehabten Besprechungen ist am Montag eine ministerielle Verordnung erschienen, welche folgendes vorschreibt: Die Betriebe der Metall- und chemischen Industrie werden geschlossen von einschließlich 24. Dezember bis einschließlich 4. Januar. Die Arbeiterschaft erhält eine Vergütung für sieben Arbeitstage in Höhe von 85 Prozent ihres Durchschnittsverdienstes. Hiervon sollen aufbringen 15 Prozent die Arbeitgeber und 70 Prozent die Erwerbslosenfürsorge. Ausnahmen von der Betriebseinschränkung finden statt für alle im § 105b der Gewerbeordnung vorgesehenen Fälle, als dringende Betriebsreparaturen, Inventurarbeiten usw.; ferner sind alle diejenigen Arbeiter, welche ohne den Verbrauch von Kraft und Licht in den Betrieben beschäftigt werden können, verpflichtet, in den Werkstätten die volle Arbeitszeit einzuhalten, und haben dafür Anspruch auf ihren vollen Lohn. Der Wortlaut der fraglichen Verordnung kann aus technischen Gründen vor Montag nicht veröffentlicht werden.

Rastatt, 22. Dez. In das hiesige Dienstzimmer der Lokalbahn nach Kehl wurde zu nächtlicher Zeit eingebrochen. Dem Einbrecher fielen dabei 450 Mark in die Hände.

* **Rastatt**, 24. Dez. Das hiesige Bürgermeisteramt hat in den beiden hiesigen Blättern die Namen derjenigen Frauen veröffentlicht, die sich beim Abtransport von Kriegsgefangenen in schamloser Weise aufführten.

Schwetzingen, 23. Dez. Am Bahnhof Hockenheim wurde aus einem vorbeifahrenden Zuge ein scharfer Schuß abgegeben und dadurch ein Kriegsteilnehmer erheblich verletzt. — Das 2jährige Söhnchen einer Hockenheimer Familie fiel in einen Topf heißen Wassers und starb an den erlittenen Verbrühungen.

* **Mannheim**, 23. Dez. Nach einer Vereinbarung des Marschalls Foch mit der deutschen Regierung soll das bisherige Gefangenenlager als Sammelstelle für heimkehrende englische, französische, italienische, rumänische und serbische Gefangene dienen. Es müssen auch Lazarette für etwa 1000 Kranke eingerichtet werden.

* **Hainstadt** bei Buchen, 24. Dez. Bei Streitigkeiten zwischen hier einquartierten Soldaten griff einer der Soldaten zum Messer und stach seinen Gegner tot.

WTB. **Freiburg i. B.**, 21. Dez Zahlreiche, aus dem besetzten Elsaß ausgewiesene Elsässer und Altdeutsche hielten gestern abend hier eine Protestversammlung ab. Es wurden Beratungen gepflogen zur Schaffung neuer Existenzen. An den Volksbeauftragten Ebert wurde folgendes Protesttelegramm übermittelt: Die in Freiburg tagenden zahlreich versammelten Altdeutschen und einheimischen Elsaß-Lothringer bitten um Schutz vor unerhörter Vergewaltigung, blutigen Mißhandlungen und öffentlichen Beschimpfungen, wie sie bis jetzt bei dem Abtransport in Mülhausen, Colmar, Schlettstadt, Straßburg und Zabern stattgefunden haben. Sie protestieren gegen Gewalttätigkeiten, Zurückhaltung ihres Eigentums und ihres gesamten Vermögens. Sofortige Schritte bei der Waffenstillstandskommission sind aufs dringendste geboten, wenn weitere Schmach verhindert werden soll. An den Bundespräsidenten Schultheß-Bern und an den Bundesrat Ador, dem Präsidenten des Roten Kreuzes in Bern, wurden Telegramme gleichen Inhalts gerichtet.

Breisach, 23. Dez. Zwei Knaben im Alter von 9 und 11 Jahren spielten mit Sprengkörpern und brachten einen Zünder zur Entladung. Die Burschen verletzten sich dabei schwer.

Leopoldshöhe, 23. Dez. Wie wir erfahren, wurde vor einiger Zeit von den Bundesbahnen der Schweiz den deutschen und den französischen Behörden bestimmte Vorschläge unterbreitet, die sich für eine baldige Wiedereröffnung des Verkehrs zwischen Leopoldshöhe und Basel aussprechen. Die Verhandlungen sind nunmehr abgeschlossen. Einzelne Detailfragen unterliegen noch der Erörterung. Der Verkehr dürfte noch im kommenden Monat freigegeben werden.

* **Leopoldshöhe**, 23. Dez. Vor einiger Zeit wurden von den Bundesbahnen der Schweiz den deutschen und den französischen Behörden bestimmte Vorschläge unterbreitet, die sich für eine baldige Wiedereröffnung des Verkehrs zwischen Leopoldshöhe und Basel aussprechen. Die Verhandlungen sind nunmehr abgeschlossen. Der Verkehr dürfte noch im kommenden Monat freigegeben werden.

Von der 29. Infanterie-Division.

An alle Freunde und Bekannte der 29. Infanterie-Division! Um den mannigfachen Gerüchten entgegenzutreten, geben wir hiermit bekannt, daß die tapferen Truppen der 29. Infanterie-Division, darunter auch die 113er nach langem, trotz größter Strapazen mustergültig durchgeführtem Marsch nunmehr im Raume westlich Kassel eingetroffen sind, und dort des Abtransports in ihre geliebte Heimat harren. Vorkommandos sind bereits in den einzelnen Demobilmachungsorten eingetroffen. Doch sind noch viele und große Schwierigkeiten zu überwinden, um die baldige Heimkehr der Braven zu bewerkstelligen. Vor allen Dingen leiden wir unter dem Mangel an rollendem Eisenbahnmaterial, dazu kommt, daß keine Transporte über die große Strecke Frankfurt—Karlsruhe—Freiburg geleitet werden dürfen, weil diese Strecke an mehreren Stellen das neutrale Gebiet schneidet, und daß die Bahnstrecken durch den Schwarzwald nur zum Teil für militärische Transporte benutzbar sind.

Man muß infolgedessen mit der Möglichkeit rechnen, daß die Truppen ihre Demobilmachungsorte erst während oder gar nach den Weihnachtstagen erreichen werden; schmerzlich und eine herbe Enttäuschung für die braven Soldaten selbst, sowie für alle die, welche Angehörige oder Freunde bei der 29. Infanterie-Division haben. Auf jeden Fall wird das Eintreffen der Truppen von der unterzeichneten Stelle rechtzeitig in den Tageszeitungen bekanntgegeben werden. Heute richten wir an alle die eine Bitte, sich des Wartens nicht verdrießen zu lassen, sondern alle Vorbereitungen zu treffen, um die tapferen Beschützer der Heimat durch doppelt festlichen Empfang für ihr langes Ausharren zu entschädigen. Auskunft im Einzelnen über Demobilmachungsorte p. p. kann im Stabsgebäude der 29. Infanterie-Division Freiburg, Kaiserstraße 22 (gegenüber der Siegessäule) eingeholt werden.

Vorkommando der 29. Infanterie-Division
gez. v. Rinck, Hauptm. und Adjutant.

Die Möbelversteigerungen. Bekanntlich hatte die vorl. Volksregierung vor einigen Wochen eine Verordnung über die Versteigerung gebrauchter Wohnungseinrichtungsgegenstände erlassen, nach welcher in weitem Umfang die Versteigerung solcher Gegenstände von der schriftlichen Genehmigung des Bezirksamtes abhängig gemacht wird. Ein Erlaß des Justizministeriums weist nun darauf hin, daß von dieser Verordnung nur Versteigerungen ausgenommen sind, die aufgrund gesetzlicher Vorschriften „öffentlich" erfolgen müssen, und Versteigerungen im Auftrag von Behörden oder gemeinnützigen Unternehmungen. Darunter fallen auch der Bad. Baubund.

In ihre Heimat zurückreisende Italiener werden nicht von der Schweiz übernommen, sondern müssen den Weg über Kehl durch Frankreich nehmen. Ankunft in Kehl hat spätestens mit dem Zug 653 an 3.13 Uhr nachm. zu erfolgen, da nach 4 Uhr nachm. durch die Entente keine Uebernahme mehr erfolgt. Die Beförderung erfolgt nach den Bestimmungen und den Sätzen des öffentlichen Verkehrs.

Gewerkschaftliches.

Die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter.

Das „Korrespondenzblatt" der Generalkommission legt dar, daß vor der Revolution kein Zweifel darüber in der Arbeiterklasse bestanden hätte, daß zur Vertretung der Arbeiterinteressen auf wirtschaftlichem Gebiet die Gewerkschaften berufen seien. Gegenüber der Partei wurde das Tätigkeitsgebiet fest abgegrenzt, bei der Regierung und bei den Unternehmern setzten die Gewerkschaften immer besser ihre Anerkennung als Arbeitervertreter durch. Seit dem Siege der Revolution und dem Entstehen von Arbeiterräten mit diktatorischer Gewalt seien Uebergriffe dieser Arbeiterräte in das Betätigungsfeld der Gewerkschaften nicht ganz selten gewesen. Dagegen nimmt das „Korrespondenzblatt" mit großer Schärfe Stellung:

„Es liegt durchaus im Interesse der Revolution selbst, daß auf dieser Bahn nicht weitergeschritten wird. Die Arbeiterschaft steht vor dem mühsamen Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung und kann sich dabei nicht den Luxus der Ressortkonkurrenz leisten. Bei dem alten Verwaltungssystem lag die Langsamkeit des Geschäftsganges vielfach daran, daß die verschiedensten Instanzen und Ressorts um ihre Meinung und Entscheidung befragt werden mußten. Diese Methode dadurch zu ersetzen, daß nun die einzelnen Instanzen Verfügungen durcheinander und gegeneinander erlassen, scheint uns recht unzweckmäßig zu sein. Vollkommen ausgeschlossen ist es, daß auf solche Weise eine dauerhafte Regierungsgewalt sich aufrichten läßt. Wenn alles durcheinander regiert wird, kann das Fiasko nicht ausbleiben."

Das „Korrespondenzblatt" verurteilt dann mit den schärfsten Worten die wilden Streiks, durch die alles in Anarchie ausarten müsse: „Die Gewerkschaftler haben als Vertreter der Arbeiter mit den Unternehmern, die nun einmal Gegenpartner im Wirtschaftsleben sind, Verträge abgeschlossen, durch die eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erfolgt. Die Durchführung dieser Verträge ist ebensosehr Pflicht der Arbeiter, d. h. der Gewerkschaften wie der Unternehmer. Solange solche Verträge nötig sind und abgeschlossen werden, müssen sie auch gehalten werden. Die Vertragsfähigkeit der Arbeiter steht auf dem Spiel, wenn sie die von ihren Organisationen abgeschlossenen Verträge nicht halten. Und diese Vertragsfähigkeit ist äußerst wichtig, denn selbst wenn wir zu einer Sozialisierung der Produktion kommen, können wir der vertraglichen kollektiven Regelung der Arbeiterverhältnisse nicht entbehren."

WTB. **Gleiwitz**, 23. Dez. Der Oberschlesische Wanderer meldet aus Myslowitz: Die Angestellten der oberschlesischen Kleinbahnen traten gestern in den Ausstand. Lohnstreitigkeiten waren die Ursache. Eine Einigung ist bisher nicht erzielt.

Soziale Rundschau.

Die Geldsackpatrioten.

Man schreibt uns: Vor kurzem ging eine Notiz durch die Presse, daß die Arbeitgeber im Saargebiet den Schutz der französischen Generale des Besatzungsheeres angerufen haben, damit diese die Arbeiter durch Zwangsmaßnahmen zwingen, länger wie acht Stunden pro Tag zu arbeiten. Auf der gleichen Stufe stehen aber auch in der bayerischen Pfalz — vor allem in Zweibrücken — die Metallindustriellen. Diese haben ihren Arbeitern rund heraus erklärt: „sie kümmern sich überhaupt nicht um den Achtstundentag, die bayerische Regierung habe ihnen gar nichts zu sagen, sie machen was sie wollen und sie bezahlen an ihre Arbeiter einfach die Lohnsätze vom Jahre 1917."

Das sind dieselben Unternehmer, die nicht genug in Eroberungs- und Annexionspolitik machen konnten, die Longwy, Briey, das ganze französische Erzbecken schon — „annektiert" und unter sich verteilt hatten und die vier Jahre lang, nur „Deutschland, Deutschland über alles" gesungen haben, solange sie glaubten — mit dem Schweiße der deutschen Arbeiter ihre Geldsäcke noch mehr füllen zu können. Jetzt, wo in Deutschland nunmehr mit den Arbeitern nicht mehr in der von ihnen beliebten Weise Schindluder getrieben werden kann, entdecken sie plötzlich, daß sie eigentlich seither das Wort Geldsack mit dem Begriff Vaterland nur verwechselt haben, und daß es gar nichts ausmacht, wenn sie auch unter der Trikolore die seitherige Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft weiter betreiben können.

Das Treiben dieser Gesellschaft ging soweit, daß die Geschäftsleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes sich gezwungen gesehen hat, den Schutz des Kommandanten der Besatzungstruppen anzurufen, damit die Arbeiter vor der Ausbeutungswut dieses Unternehmerklüngels geschützt und diese zur Zahlung der vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen angehalten werden. Der Laternenpfahl ist für solche „Patrioten" wahrhaftig zu schade, und das Wort alldeutsches Lumpengesindel für sie noch zu anständig. Man wird es sich merken und eine „zahlende Zeit" wird für solche Vaterlandsverräter wohl noch kommen. Ss.

Für die Rentenempfänger. Aus Kreisen der Empfänger von Renten aus der Arbeiterversicherung sind vielfach Klagen laut geworden, daß bei der dauernden Verteuerung der Lebenshaltung die Renten den Bedürfnissen nicht mehr genügen. Da die Zulagen zu Lasten der Versicherungsträger gezahlt werden, begegnet eine Erweiterung der bisherigen Fürsorge auf deren Posten lt. „Karlsruher Zeitung" erheblichen Bedenken. Es bleibt daher in Fällen eines dringenden Bedürfnisses nach höheren Leistungen nur die Möglichkeit, daß die gemeindliche Kriegswohlfahrtspflege helfend eingreift. Die badische Regierung hat daher den Gemeinden nahegelegt, in dringenden Fällen den Rentenempfängern gegenüber weitgehendst entgegen zu kommen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aus der Partei.

* **Konferenz für den bisherigen 10. Reichstagswahlkreis.** Für die Nationalwahlen im Reich muß in den nächsten Tagen schon die Kandidatenliste zusammengestellt werden. Baden bildet ein Wahlkreis für diese Wahlen und hat 14 Abgeordnete zu wählen. Für den bisherigen Wahlkreis Karlsruhe-Bruchsal ist seitens unserer Partei an aussichtsreicher Stelle ein Vorschlag zu machen. Die Bestimmung dieses Kandidaten erfolgt wie früher durch die Wahlkreiskonferenz, die sich aus Vertrauensleuten aus dem ganzen Kreis und dem Wahlkreisvorstand zusammensetzt.

Da wegen der Inanspruchnahme der leitenden Parteigenossen mit sonstigen Wahlgeschäften keine andere Zeit zur Verfügung bleibt, muß morgen Mittwoch Stellung zu der wichtigen Frage genommen werden. Die Konferenz findet nachmittags ½3 Uhr in der „Goldenen Krone", Ecke Douglas- und Amalienstraße in Karlsruhe statt. Besondere Einladungen sind an die Beteiligten in den letzten Tagen ergangen. Vollzähliges Erscheinen ist dringend notwendig.

Durlach, 23. Dez. In der Parteiversammlung vom letzten Mittwoch nahm die Erörterung über die Art der Aufstellung der Kandidatenliste und die Form ihrer schließlichen Annahme durch den Hauptwahlausschuß einen breiten Raum ein. Es wurde zwar anerkannt, daß diesmal bei der Kürze der ihm zur Verfügung stehenden Zeit der Hauptwahlausschuß sich in einer Zwangslage befunden habe, daß aber unter normalen Verhältnissen die Art der Aufstellung der Kandidaten lebhaften Widerspruch hätte hervorrufen müssen. Den Bericht an der betr. Sitzung des Hauptausschusses gab Gen. Weber. Hierauf besprach Gen. Horst die Agitation im Bezirk für den kommenden Sonntag, daran anschließend, wurden technische Wahlfragen erörtert. Das bisherige Ergebniß der Sammlung für den Wahlfonds am Ort wurde bekanntgegeben und als ein gutes bezeichnet. Der Besuch der Versammlung hätte besser sein dürfen.

Die öffentliche **Auflegung der Wählerlisten** findet vom 20. bis 27. Dezember statt.

Rat und Auskunft über die Erwerbung des badischen Staatsbürgerrechts erteilt F. Flohr, Hauptstraße 56, 3. Stock.

Durlach, 23. Dez. Die bevorstehenden Wahlen machen es notwendig, am Donnerstag, 26. Dezember (Stefanstag) eine Parteiversammlung abzuhalten. Dieselbe findet im „Lamm", vormittags 10 Uhr, statt. Etwaige für diese Zeit anberaumten Veranstaltungen der verschiedenen Vereine bitten wir im Interesse der Sache wenn irgend möglich ausfallen zu lassen oder auf eine andere Zeit zu vertagen.

Aue bei Durlach, 23. Dez. Soz. Verein. Am 2. Weihnachtsfeiertag, nachmittags ½2 Uhr, findet in der „Blume" eine Parteiversammlung statt, wozu das Erscheinen aller Genossen dringend nötig ist, da wichtige Fragen zu besprechen sind.

p. **Ottenau im Murgtal**, 20. Dez. Auch hier ist die Arbeiterschaft wieder aufgewacht; am 5. Dezember wurde eine Mitgliedschaft der Sozialdemokratischen Partei gegründet, der bereits 43 Genossen angehören. In der ersten Mitgliederversammlung wurden folgende Genossen in den Vorstand gewählt: Ignaz Kraft 1. Vorsitzender, Bernhard Heck 2. Vors., Franz Hisgen Schriftführer, Karl Huck Kassier. Die Zahl der „Volksfreund"-Leser beträgt bis jetzt über 80, das erste Hundert werden wir bald erreicht haben. Vorwärts überall!

w. **Forbach**, 22. Dez. Heute abend fand im Gasthaus zur „Linde" in Gausbach eine sehr gut besuchte Versammlung statt. Ein Redner aus Karlsruhe sprach in trefflicher und leichtverständlicher Weise über „Die Bedeutung der Nationalwahlen und die Sozialdemokratie". Die Ausführungen wurden wirksam unterstützt durch Gen. Lehrer Hoffmann. Im Anschluß an die Versammlung wurde die Gründung eines sozialdemokratischen Vereins vorgenommen, dem sich sofort 30 Genossen als Mitglieder anschlossen. Es ist dies um so erfreulicher und das beste Zeichen, wie unsere Partei allüberall Fortschritte macht, als vor dem Kriege in unserm Orte bei Wahlen nicht eine einzige sozialdemokratische Stimme abgegeben wurde. Auch im hinteren Murgtal tagt es endlich.

g. **Iffezheim**, 22. Dez. Der vor kurzem hier ins Leben gerufene sozialdemokratische Verein macht gute Fortschritte. Bis jetzt zählen wir 60 Mitglieder, auch „Volksfreund"-Leser eine stattliche Anzahl. Dieser schöne Aufschwung ist um so bemerkenswerter als hier für die Entwicklung unserer Partei noch die schwierigsten Verhältnisse bestehen. Die „maßgebenden" Herrschaften hegen noch den alten fanatischen Haß gegen unsere Partei, ein Sozialdemokrat ist in den Augen dieser Leute immer noch ein Mensch zweiter Klasse. Wie die Gesinnung gewisser Leute ist, kann aus einem Vorfall ersehen werden der sich kürzlich zwischen unserm Bürgermeister und einem aus dem Felde heimgekehrten Genossen abspielte. Erst lud der Herr Bürgermeister den betreffenden Genossen freundlichst zu sich ein aber als er erfuhr, daß der Betreffende eine andere politische Meinung als seine „Hochwohlgeboren" hatte, da drohte er dem heimgekehrten Krieger mit Prügel, er wolle ihm ins Gesicht hauen. Die maßgebenden Herren hier scheinen überhaupt von keinerlei Gefühl der Dankbarkeit für die heimkehrenden Soldaten angekränkelt zu sein, denn man hatte nicht den geringsten Willkommgruß für sie, sang- und klanglos kehrten sie in ihren Heimatsort zurück. Gewissen Herren ist ja die Rückkehr der Soldaten sicherlich unangenehm, denn es wird nun mit der Vetterleswirtschaft ein Ende haben, verschiedene Herrschaften, die daheim in den 4 Jahren schweres Geld verdient haben oder sich in der Garnison herumdrückten und die meiste Zeit auf Urlaub waren, sehen nun, daß ihre Herrlichkeit ein Ende hat, und sie sind deshalb von der Heimkehr der „Bande", wie einer der Herren die Krieger zu bezeichnen sich erlaubte, gar nicht erbaut. Die „Bande" wird den Herren am 5. Januar die entsprechende Antwort geben.

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe, 24. Dezember.**

Ueber 6000 neue Abonnenten

hat der „Volksfreund" in den letzten Wochen gewonnen. Zwei kriegsstarke Regimenter neuer Leser gesellten sich dem großen Heerhaufen der alten Leserschar zu. Der während des Krieges von uns unter unsäglichen Schwierigkeiten geführte Kampf für Frieden und Freiheit beginnt gewürdigt zu werden. Das Volk sieht es jetzt ein, wer seine Interessen vertritt. Aber noch Tausende stehen abseits, noch Tausende lesen in öder Gedankenlosigkeit eine Presse, die gestern noch für „Kaiser und Reich", für Welteroberung und Kriegsentschädigungen eintrat und heute das demokratische Mäntelchen umhängt.

Charakterlos ist, diese Charakterlosigkeit zu unterstützen. Deshalb: Hinaus mit diesen Blättern und

her mit dem „Volksfreund",

der sich entsprechend seines Titels als der wahre Freund des Volkes bewährt hat und weiter bewähren wird.

Sozialdemokratische Parteiversammlung.

Die gestrige Bezirksversammlung der Südstadt im „Auerhahn" war sehr gut besucht. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Auch viele Frauen waren anwesend. Anstelle der verhinderten Referentin Genossin Fischer sprach Genossin Kiefer, die in einem kurzen Vortrag die Bedeutung des Wahlrechts für die Frauen klarlegte. Ihre schlichten Worte wurden beifällig aufgenommen. Als zweiter Redner sprach Gen. Trinks über „Die Sozialdemokratie im neuen Deutschland". Er behandelte die Vorläufer der sozialistischen Bewegung aus der Geschichte, um alsdann auf das einzugehen, was die Sozialdemokratie vom heutigen Staate verlangt. Es soll in allen Stücken nur das Mögliche verlangt werden. Unsere Hoffnung setzen wir jetzt auf die Sozialisten der anderen Länder. Von ihnen wird es abhängen, ob wir einen erträglichen Frieden bekommen oder nicht. Nach einer längeren Debatte, an der sich auch eine Frau, die Genossin Haas, recht wirkungsvoll beteiligte, konnte der Vorsitzende um 10 Uhr die Veranstaltung schließen.

---

* **Große Bezirksversammlungen** mit weiblichen und männlichen Rednern werden am nächsten Samstag den 28. Dezember, abends, in allen Stadtteilen abgehalten. Die Bekanntgabe der Versammlungslokale und der Redner erfolgt nach den Feiertagen. Alle uns nahestehenden Vereine und Organisationen werden gebeten, für Samstag ihrerseits keine Veranstaltungen zu treffen, damit Parteigenossinnen und -Genossen, Frauen und Männer in großer Zahl an ihren Bezirksversammlungen teilnehmen können.

Sozialdem. Partei Karlsruhe. — Frauensektion. Auch an dieser Stelle machen wir darauf aufmerksam, daß am 26. Dezember (2. Weihnachtsfeiertag) in der „Goldenen Krone", Ecke Amalien- und Douglasstraße, eine Mitgliederversammlung der Frauensektion stattfindet. Die Tagesordnung ist so wichtig, daß die Genossinnen dringend gebeten werden, vollzählig der Versammlung anzuwohnen.

Die hohen Lohnsteigerungen.

* Das **WTB.** gibt folgende Meldung an die Presse, welche von den bürgerlichen Zeitungen („Bad. Presse", „Beobachter") ohne Kommentar abgedruckt wird:

Berlin, 21. Dez. Die außerordentlich hohen Lohnsteigerungen, die gegenwärtig an der Tagesordnung sind, stellen nur scheinbar eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters dar; sein Einkommen wird lediglich nominell aufgebessert, in Wahrheit führt eine Erhöhung nur zu einem noch stärkeren Anziehen der Lebensmittel- und späterhin der Rohstoff- und Mietpreise. Es ist hohe Zeit, daß die Lohnfestsetzung wieder in die Bahn des Tarifvertrages zurückkehrt und den gewerkschaftlichen Einflüssen zugänglich wird. Ebenso muß die Anordnung von Arbeitsniederlegungen, für die der Augenblick sicher so ungünstig wie möglich gewählt ist, ausschließlich den Berufsvereinen der Arbeiter überlassen bleiben. Von dem Unternehmer muß weitgehende Rücksicht auf die Lebensbedingungen seiner Arbeiter verlangt werden, aber auch von deren Seite ist Rücksicht auf die Produktivität des Betriebs zu nehmen, ohne die die kapitalistische Wirtschaftsführung ebenso unmöglich wie die Vergesellschaftung ist.

Diese Ausführungen fordern zum Widerspruch heraus, insbesondere der Passus, „daß die hohen Löhne ein noch stärkeres Anziehen der Lebensmittel- und späterhin der Rohstoff- und Mietpreise zur Folge hätten". Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die Löhne und Gehälter mußten doch gerade wegen den unverschämt hohen Preisen der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände erhöht werden. Dann trat allerdings eine gewisse Wechselwirkung in Erscheinung, insofern, als die Erzeuger von Lebensmitteln und die Hausbesitzer auf die höheren Einkommen eines Teiles der städtischen Bevölkerung spekulierten und die Preise noch weiter in die Höhe trieben, sodaß weitere Teuerungszulagen unumgänglich wurden, auch insofern als manche Gebrauchsgegenstände durch die höheren Produktionskosten teuerer wurden.

Das sollte aber den verantwortlichen Stellen ein Fingerzeig sein, daß jetzt einmal an den Abbau der horrenden Lebensmittelpreisen herangegangen werden muß, damit die große Masse des Volkes wieder ihre Bedürfnisse zu erträglichen Preisen beschaffen kann, dann kann der Arbeiter auch wieder billiger arbeiten, vorher nicht.

Jedenfalls muß mit aller Entschiedenheit dagegen Front gemacht werden, die Lohnforderungen der Arbeiter für die hohen Lebensmittelpreise verantwortlich zu machen. Es ist das Bosheit und Frechheit zugleich. Die Arbeiter sind wohl die letzten, die mit den jetzigen himmelschreienden Zuständen in Verbindung gebracht werden können. Es ist eben wieder einmal Wahlzeit und da wird eben offen und versteckt gegen die Partei der Arbeiter gestänkert.

---

* **Wandkalender 1919.** Nach einer immer noch in Kraft befindlichen Verordnung dürfen Wandkalender von den Zeitungen für ihre Bezieher nicht kostenlos geliefert werden. Da aber jede Familie einen Wandkalender benötigt, liefern wir solche, das Stück zu 10 Pfg. Sie werden durch unsere Träger und Filialinhaber auf vorherige Bestellung zugestellt.

Der Verein Karlsruher Presse (Karlsruher Journalisten- und Schriftstellerverein) besprach in seiner letzten Sitzung nach neuen Mitgliederaufnahmen, wieder eine Reihe von Berufsfragen. Der vom Landesverband badischer Redakteure angeregte Ausbau der journalistischen Interessenvertretungen in gewerkschaftlicher Richtung fand auf allen Seiten Zustimmung. Der Berufsorganisation, welche der Verein „Karlsruher Presse" darstellt, unterliegt für die in ihr vertretenen Karlsruher Tageszeitungen allein die Beschlußfassung über alle allgemeinen Berufs- und Standesfragen; außerhalb der Organisation stehende Karlsruher Journalisten sind von den hieraus sich ergebenden Ansprüchen und Rechten ausgeschlossen. Für die Organisationsversammlung der bildenden Künstler Badens, die den Verein um Entsendung von Berichterstattern ersuchte, übernahm Herr Redakteur Fluhrer das Zeitungsreferat. Anläßlich der Organisationsbestrebungen der Musiker wurde auf die von Herrn Musiklehrer Stürmer aufgestellte Forderung hingewiesen, die eine Einflußnahme auf die Presse bei Anstellung von Musikkritikern verlangt. Ueber die Naivität dieser Forderung, über deren Konsequenzen sich der Antragsteller erst einmal klar werden müßte, wurde mit Humor zur Tagesordnung übergegangen. Einer Anregung des Badischen Kunstvereins, einen Vertreter des Vereins „Karlsruher Presse" dem Vorstand des Kunstvereins anzugliedern, wurde zugestimmt und Herr Redakteur A. Rudolph als Vertreter des Vereins Karlsruher Presse delegiert. Der Verein nahm schließlich noch mit Interesse Kenntnis von dem weiteren Ausbau des von ihm ins Leben gerufenen „Rates geistiger Arbeiter", dessen Karlsruher Gesamtorganisation jetzt schon 28 Einzelorganisationen umfaßt.

Beim Verlassen Polens haben viele Militäreisenbahner, darunter auch badische, ihr Privateigentum ganz oder teilweise verloren, teils durch Beschlagnahme, teils durch Beraubung. Das Gut soll nun den Eigentümern wieder zugestellt werden oder wenn das nicht möglich ist, ersetzt werden. Die Generaldirektion hat daher den betreffenden Eisenbahnern Listen zum Eintrag der gestohlenen oder beschlagnahmten Gegenständen überreicht.

Verkauf von Geländeplänen gestattet. Karten und Geländebeschreibungen dürfen jetzt wieder wie im Frieden gehandelt werden. Die entsprechenden Bestimmungen sind aufgehoben.

Bachverein. Mit seinem Konzert am Samstag den 28. Dezember nimmt der Bachverein Karlsruhe nach längerer Pause seine Tätigkeit wieder auf. Das Hauptwerk des Abends bildet das Requiem von Mozart, des Tondichters nie veraltender Meisterleistung auf dem Gebiete der Kirchenmusik, die schon ungezählte Menschenherzen in ernster Zeit aufgerichtet hat. Dem Requiem geht eine der schönsten Kantaten Bachs voraus: Nr. 159 „Sehet, wir gehn hinauf gen Jerusalem". Die Mitwirkung hervorragender Solisten (der Damen von Ernst und Pecz-Neugebauer, der Herren Neugebauer und Büttner) des Theaterorchesters bürgt dafür, daß das unter der Leitung des Herrn Operndirektors Cortolezis stehende Konzert einen reinen und edlen Kunstgenuß bieten wird.

Grippe. Ein Arzt schreibt uns: Die Grippe ist nach Wahrnehmung der Aerzte noch nicht erloschen. Nach allen bis jetzt gemachten Erfahrungen sind Schwitzkuren nicht allein das beste Heil, sondern auch das sicherste Vorbeugungsmittel gegen diese Krankheit. Natürlich regelmäßige Schwitzkuren mit Dampf, Heißluft und elektrischen Lichtbädern sind der Bevölkerung aufs wärmste zu empfehlen.

Colosseum. Dienstag, 24 Dezember, fällt die Vorstellung aus. An den beiden Weihnachtsfeiertagen finden jeweils zwei Vorstellungen — nachmittags ¼4 Uhr und abends ½8 Uhr — statt. Die Colosseumkasse ist an den beiden Feiertagen vormittags 11—12 Uhr geöffnet.

Unfall mit Todesfolge. Ein 11 Jahre alter Schüler spielte gestern nachmittag im Zimmer seines, der Volkswehr angehörenden älteren Bruders in der Akademiestraße mit dessen geladener Dienstpistole. Die Waffe entlud sich und die Kugel drang seinem jüngeren, 8jährigen Bruder in den Hals. Der schwerverletzte Knabe wurde mit einer Droschke nach dem Diakonissenhaus gebracht, wo er bei der Einlieferung starb.

Ueberziehdiebstähle. In einem hiesigen Hotel wurden gestern nachmittag zwei Reisenden die Ueberzieher im Werte von 300 Mark bezw. 150 Mark durch noch unbekannte Täter entwendet.

Wilderer. Im Hardtwald nahmen gestern nachmittag Forstbeamte zwei Fuhrleute aus Spessart bezw. Sinsheim fest, welche mit Stockflinten unberechtigt jagten.

Versammlung technischer Angestellten.

(Eigener Bericht.)

* Die Arbeitsgemeinschaft der freien Angestelltenverbände, umfassend den Bund technisch-industrieller Beamten, Deutscher Technikerverband und Deutscher Werkmeisterverband hatte auf Samstag eine Versammlung in den Saal des „Friedrichshof" eingeladen, um sich mit der Frage zu befassen: „Wie wählen die technischen Angestellten zu den Nationalwahlen?" Zu der Versammlung ist Einladung an alle politischen Parteien ergangen; es sind aber nur Vertreter der sozialdemokratischen und deutschen demokratischen Partei erschienen. Den Vorsitz führte Herr Ingenieur Kiefer. Das Hauptreferat hatte Herr Ingenieur Gaiser (Stuttgart) übernommen, der sich in seinen Ausführungen auf den frei-gewerkschaftlichen Standpunkt stellte, die technischen Angestellten, Ingenieure, Techniker und Werkmeister kämpfen von nun an Schulter an Schulter mit der organisierten Arbeiterschaft und treten ein für die sozialistische Republik. Wir müssen verlangen, so führte der Redner u. a. aus, daß die Fesseln, die der Entwicklung einer freien Persönlichkeit entgegenstehen, fallen, daß das Koalitionsrecht ausgebaut werde, daß Arbeitskammern errichtet werden, daß die Verbesserung der Versicherungsgesetze erfolgt in dem Sinne, daß keine besondere Angestellten-Versicherung mehr besteht und das Versicherungswesen für die Privatbeamten auf die Arbeiterversicherung aufgebaut werde. Ferner forderte der Redner eine vollständige Sonntagsruhe, den 7 Uhr-Ladenschluß, den 7stündigen Höchstarbeitstag und einen freien halben Tag in der Woche. In einer Eingabe an die Volksbeauftragten wurde für die Kriegsteilnehmer verlangt, daß sie in die Betriebe wieder eingestellt werden, aus denen sie im Jahre 1914 in den Krieg ausgezogen sind. Ferner wird verlangt die Arbeitsbeschaffung und wenn nicht genügend Arbeit da ist, müsse die vorhandene Arbeit gestreckt werden. Der Referent stellte sodann noch Forderungen betr. Arbeitsunterstützung, Schutzmaßnahmen gegen die Arbeiterentlassung und Gehaltskürzung und verlangt eine Notverordnung, wonach keinem Angestellten gekündigt werden darf, ehe nicht der Friedensschluß drei Monate zurückliegt. Die Heeres- und Marinebetriebe sollen gezwungen werden, ihre Tätigkeit umzustellen, damit die Angestellten weiter beschäftigt werden können. Der Redner betonte unter anderem weiter, daß die Revolution nicht lediglich eine Gehalt- und Lohnfrage sei. Die Hauptsache sei, jetzt die Ergebnisse der Revolution zu befestigen, damit die Persönlichkeit befreit werde. Die Angestellten mögen sich nicht durch die schönen Programme der sogen. bürgerlichen Parteien einwickeln lassen, die jetzigen Politiker, die sich heute alle „Demokraten" nennen, haben vordem nichts getan zur Beseitigung der monarchischen Autokratie und all der Zustände und politischen Auffassungen, die den Zusammenbruch des deutschen Reiches herbeiführten. Es zeigt sich heute, daß nur die politisch geschulte, sozialistisch gesinnte Arbeiterschaft auf dem rechten Wege war. Ihr müssen sich heute die geistigen Lohnarbeiter anschließen. Wenn das Volk in seiner Gesamtheit nach dieser Prüfung die Forderung der Stunde wieder nicht erfaßt, bekommen wir günstigsten Falles eine Republik wie Amerika oder Frankreich, wo der Kapitalismus regiert. Ohne die sozialistische Republik ist die Revolution erfolglos. (Lebh. Beifall.)

Die anschließende freie Aussprache war eine sehr lebhafte und ergiebige. Als erster Diskussionsredner sprach der Vertreter der sozialdemokratischen Partei, Herr Justizminister Marum. Derselbe begrüßte die technischen Angestellten als Kameraden der Arbeiter. Es sei für die sozialdemokratische Partei eine selbstverständliche Pflicht, die berechtigten Forderungen derselben zu unterstützen. Hierauf sprach Herr Braun als Vertreter der demokratischen Partei. Er betonte die Notwendigkeit, daß sich die Angestellten mehr als bisher um die Politik kümmern, um die Wahl der Partei je nach Weltanschauung treffen zu können. Sodann erklärten noch fünf Redner aus der Mitte der Versammlung ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten. Alle Redner bekundeten die Notwendigkeit, die bisherige Scheu vor

dem roten Tuch abzuschütteln und zusammen mit der Arbeiterorganisation den Kapitalismus zu bekämpfen. Ein Redner betont dabei, daß sich die Gewerkschaft allerdings auf den neutralen Standpunkt stellen muß.

Nach einem Schlußwort des Referenten Herrn **Gaiser** wurde mit allen gegen eine Stimme eine Resolution angenommen, bei der Nationalwahl am 5. Januar die Stimmen der technischen Angestellten denjenigen politischen Parteien zuzuwenden, die für die soziale Republik eintreten, da nur in dieser restlos die Befreiung der Angestellten vom Joche des Kapitalismus erreicht werden kann. Eine zweite einstimmig angenommene Entschließung besagt:

„Die heute im „Friedrichshof" in Karlsruhe versammelten technischen, Privat-, Gemeinde- und Staatsangestellten fordern die politischen Parteien auf, im Interesse des schnellsten Aufbaues des Wirtschaftslebens mehr als bisher Techniker in die Parlamente zu entsenden. Sie erklären, daß sie bei den kommenden Wahlen nur solche Parteien unterstützen werden, die einsichtig genug sind, der Technik beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft den ihr gebührenden Einfluß in allen öffentlichen Körperschaften zu gewähren."

Letzte Nachrichten.

Die Franzosen in Mannheim.

Karlsruhe, 24. Dez. (Telephon.) Wie uns von behördlicher Seite mitgeteilt wird, wird heute nachmittag 2 Uhr eine französische Brigade in Mannheim einrücken, angeblich wegen Errichtung eines Zentralgefangenenlagers. Man hat aber anscheinend andere Dinge im Schild.

Internationaler Sozialisten-Kongreß

WTB. Amsterdam, 24. Dez. Nach einer Meldung des „Allgemeen Handelsblad" aus London berichtet die „Morning-Post" aus Stockholm: Henderson habe an Branting telegraphiert, daß die Arbeiterpartei vorschlage, auf den 6. Januar eine internationale Konferenz nach Lausanne einzuberufen. Huysmans und Vandervelde sind benachrichtigt. Die britischen Vertreter sind bereits gewählt. Henderson schlägt für den Fall, daß das ausführende Komitee der Internationale sich weigern sollte, die Konferenz einzuberufen, die Einberufung ohne Sanktion von seiten des internationalen sozialistischen Büros vor. Branting soll die Neutralen einladen. Die Vertreter der Mittelmächte sind bereits verständigt. Nach einer Mitteilung der Agence Havas aus Brüssel habe die sozialistische Internationale alle angeschlossenen Länder nach Lausanne einberufen.

Von der Waffenstillstandskommission.

WTB. Berlin, 23. Dez. Gegen die völkerrechtswidrige Ausweisung der deutschen Gesandtschaft in Luxemburg durch die französische Behörde wurde protestiert.

Wegen vertragswidriger Gefangennahme eines bayerischen Generalkommandos und 4000 Wirtschaftstruppen durch die Rumänen bei Kronstadt hatte die deutsche Regierung bei der rumänischen Regierung Protest einlegen lassen. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat Marschall Foch und die alliierten Regierungen um Unterstützung dieses Protestes gebeten. Diese Bitte wurde aber kurz abgelehnt.

Dill-Weißenstein, 24. Dez. In der Papierfabrik brach gestern abend Großfeuer aus, das aber dank des Eingreifens der Pforzheimer Feuerwehr derart eingedämmt wurde, daß dem Feuer nur ein Seitenflügel zum Opfer fiel. Der Schaden ist sehr groß, da neben bedeutenden Papier- und Holzvorräten für etwa 80 000 Mk. Oel verbrannt ist.

Briefkasten der Redaktion.

N. W., hier. 1. Die Adresse lautet: Ministerium für militärische Angelegenheiten, Karlsruhe. 2. Wegen Staatsangehörigkeit wenden Sie sich am besten an das Parteisekretariat, Wilhelmstraße 47. 3. Den Standort ersehen Sie beim Ministerium für militärische Angelegenheiten.

F. T. Durlach. Die Adresse der Hauptverwaltung des Fabrikarbeiterverbandes ist die folgende: Hannover, Nikolaistraße 7. Die Karlsruher Geschäftsstelle des Fabrikarbeiterverbandes (Geschäftsführer Leopold Karle) befindet sich Bachstraße 58. Wir haben von Ihrer Angelegenheit bereits der hiesigen Geschäftsstelle Kenntnis gegeben.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten **Hermann Kabel**; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton **Hermann Winter**; für den Anzeigenteil **Gustav Krüger**, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Sozialdem. Partei.) Am nächsten Donnerstag, 26. Dez. (Stefanstag), vormittags 10 Uhr, im Gasthaus zum „Lamm": **Parteiversammlung.** Die bevorstehenden Wahlen machen das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen notwendig. 6469 Der Vorstand.

Aue bei Durlach. (Sozialdem. Verein.) Am 2. Weihnachtsfeiertag **Parteiversammlung** in der „Blume". Vollzähliges und pünktliches Erscheinen dringend notwendig. Beginn der Versammlung punkt ½2 Uhr nachmittags. 6468 Der Vorstand.

Filialinhaber,

soweit Ihr die Blätter durch die **Post** bezieht, versäumt nicht die Meldung der neuen Bezieherzahl für **Januar 1919** bis spätestens **zum Samstag den 28. Dezember**, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt. Besonders die **neuen** Filialinhaber bitten wir, dies zu beachten. Wer bis zu genanntem Zeitpunkt nicht endgültig melden kann, gebe uns einmal die **vorläufige** Zahl an und melde dann nachträglich eingehende **Besteller später.**

Karlsruhe, den 24. Dezember 1918.

Verlag des „Volksfreund".

Sozialdem. Partei Karlsruhe

Frauensektion.

Donnerstag, den 26. Dezember (2. Weihnachtsfeiertag), nachm. ½4 Uhr, in der „Goldene Krone", Ecke Douglas- und Amalienstr., 6472

Zusammensein.

Die Genossinnen werden gebeten, vollzählig zu erscheinen, da dringende Parteiangelegenheiten zu besprechen sind.

Der Frauenausschuß.

Allgemeine Ortskrankenkasse Rastatt-Stadt.

Ab 29. Dezember 1918 betragen die Krankenversicherungsbeiträge 4½ % des Grundlohnes.

An Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge sind für jede Woche zu entrichten:

in Lohnstufe	bei einem Arbeitsverdienst von täglich	Krankenversich.-Beiträge	Invalidenversich.-Beiträge	Davon haben zu tragen: Versicherte: Kranken-Versich.	Inval.-Versich.	Zusammen	Arbeitgeber: Kranken-Versich.	Inval.-Versich.	Zusammen
		₰	₰	₰	₰	₰	₰	₰	₰
I	bis mit 1.09 M	22	18	14	9	23	8	9	17
II	1.10 M bis 2.49 „	54	34	36	17	53	18	17	35
III	2.50 „ „ 3.49 „	81	42	54	21	75	27	21	48
IV	3.50 „ „ 4.49 „	108	50	72	25	97	36	25	61
V	4.50 „ „ 5.49 „	135	50	90	25	115	45	25	70
VI	5.50 „ „ 6.49 „	162	50	108	25	133	54	25	79
VII	6.50 „ „ 7.49 „	189	50	126	25	151	63	25	88
VIII	7.50 „ „ 8.49 „	216	50	144	25	169	72	25	97
IX	8.50 „ „ 9.49 „	243	50	162	25	187	81	25	106
X	9.50 „ und mehr	270	50	180	25	205	90	25	115

Für Versicherte ohne Entgelt betragen die wöchentlichen Krankenversicherungsbeiträge 15 Pf.

Auf Grund der Verordnung des Rates der Volksbeauftragten und des Staatssekretärs des Reichsarbeitsamts vom 22. November 1918 unterliegen vom 2. Dezember 1918 ab Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung, Handlungsgehilfen, Gehilfen in Apotheken, Bühnen und Orchestermitglieder, Lehrer und Erzieher der Krankenversicherungspflicht, wenn ihr regelmäßiger Arbeitsverdienst, einschließlich der Teuerungsbeihilfen, Kriegszulage und sonstigen Nebenbezüge nicht mehr als 5000 Mark Entgelt beträgt.

Die Anmeldung dieser Personen hat möglichst sofort zu geschehen.

Die seit Beginn des Krieges wegen des Ueberschreitens der Einkommensgrenze von 2500 Mk. aus der Kasse ausgeschiedenen Mitglieder, ebenso die beitrittsberechtigten Versicherten, deren Mitgliedschaft infolge Ueberschreitens der Einkommensgrenze von 4000 Mk. erloschen ist, haben, soweit nicht ihre Anmeldung als Pflichtmitglied in Betracht kommt, die Berechtigung, bis spätestens 13. Januar 1919 wieder ihre Weiterversicherung zu beantragen.

Rastatt, den 20. Dezember 1918.

Der Vorsitzende.
Martin Schwab.

Täglich prima frisches

Pferde-Fleisch

zu verkaufen. 6333

Albert Notheiß, Pferdeschlächterei
Gluckstraße 17 Telephon 1928.

Bachverein Karlsruhe (E.V.)

Samstag, den 28. Dezember 1918, abends 8 Uhr, in der **Evang. Stadtkirche 37. Konzert** 6438

Kantate von J. S. Bach

Requiem in D-moll von W. A. Mozart.

Ausführende:
Sopran: **Marie von Ernst**, Opernsängerin; Alt: **Grete Peez-Neugebauer**, Opernsängerin; Tenor: **Helmut Neugebauer**, Opernsänger; Bass: **Max Böttner**, Kammersänger; der **Chor des Bachvereins**; Mitglieder des **Orchesters des Landestheaters**; Orgelbegleitung: **Theodor Barner.**

Dirigent: Operndirektor Fritz Cortolezis.

Anfang 8 Uhr abends. Kassenöffnung ½8 Uhr. Ende ¼10 Uhr.

Eintritt der Vereinsmitglieder gegen Vorzeigen der Mitglieds- und Beikarten. Numerierte Plätze für Mitglieder zu 50 Pfg. in der Musikalienhandlung Fr. Doert erhältlich.

Eintrittspreise für Nichtmitglieder zu 5, 4, 3, 2, 1.50 und 1 Mk. ebenfalls in der Musikalienhandlung **Doert und an der Abendkasse.** 6470

Weißer Käse.

Verkauf von weißem Käse in den Fettverkaufsstellen Nr. 247 und 248 von Dienstag, den 24. Dezember, bis Freitag, den 27. Dezember 1918, einschl. an die **eingetragene Kundschaft** gegen die Lebensmittelmarke J Nr. 101. Kopfmenge ¼ Pfund: Preis Mk. 1 für das Pfund.

Karlsruhe, den 23. Dezember 1918. 6471

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Wandkalender für 1919

hübsch ausgestattet und den neuen Posttarif enthaltend, zum Preis von 10 Pfg. bei uns, durch unser Trägerpersonal und die **Filialinhaber** zu beziehen.

Geschäftsstelle des Volksfreund
Luisenstraße 24, Karlsruhe.

Achtung! Achtung!

Gasthaus z. König von Preußen

Ueber die Feiertage:

Konzert.

Prima neuer Rappoldsweiler Wein
¼ Liter Mk. 1.40.

Gut bürgerliche Küche.

6408 Achtungsvoll: **L. Haug.**

Aus dem Felde zurückgekehrt habe ich mich **Kriegstrasse 69 a** part. als prakt. Arzt niedergelassen. 6436

Sprechstunden: 8½—9½, 1—2.
Telephon: 3953.

Gleichzeitig habe ich die Vertretung von Herrn Dr. med. **Edwin Blos**, Baischstrasse 2, übernommen.

Sprechstunden: 2½—4½.
Telephon: 804.

Dr. med. Carl Rosenthal
prakt. Arzt.

Kommis-Brot

prima Qualität, gegen Brotmarken, empfiehlt

Bäckerei Albert Neeff
Werderplatz 30. 6405

Schloß Rüppurr.

Beliebtes Familienlokal. 6474

Vorzügliche Küche. Weiß- und Rotweine, Bier, Punsch, Kaffee und Kuchen.

Ia. Naturwein, Viertelliter **Mark 1.30.**

Saal und Nebenzimmer für Gesellschaften und Vereine.

Um geneigten Zuspruch bittet **Martin Hain.**

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheschließungen. Jakob Münch von Mannheim-Käfertal, Händler hier, mit Karoline Kennerknecht Wwe von Rentrisch. Philipp Rock von Hattenhofen, Eisendreher hier, mit Dina Steidel von Wiesloch. Karl Käjtel von Forchheim, Schreiner hier, mit Katharine Siegler von hier. Ludwig Beyersdorffer von Pfedelbach, Küfer hier, mit Karoline Kaufmann von Haid. Franz Herlemann von hier, Schlosser hier, mit Luise Ahlert von hier. Adam Eßwein von Oberlustadt, Friseur hier, mit Elise Schleifer von hier. Hermann Ewerbeck von Brake, Lehrer an der Kunstgewerbeschule Pforzheim in Pforzheim, mit Anna Prael von Frankfurt. Dr. Fr. Knoblach von Heidenheim, Rechtspraktikant hier, mit Sofie Staudt von Würzburg. August Müller von Kottweil, Kaufmann hier, mit Luise Wilhelm von hier. Heinrich Schmöle von Ziegenrück, Küchenmeister in Bühl, mit Elisabeth Platzer von Kienach. Berth. Jörger von Zell i. W., Lehrer hier, mit Maria Lehmann von Freiburg. Fr. Wacker von Mannheim, Werkmstr. hier, mit Kath Haas v. Diedesheim. Dr. M. Rheinberger von Oberwalluf, prakt. Arzt hier, mit Elsa Finninger von Urach. Ernst Hangs von hier, Schlosser hier, mit Frieda Wohlwend von Teutschneureut. Franz Kirchgäßner von hier, Schuhmacher hier, mit Emma Schenkel von Bietigheim.

Geburten. Herwig Berthold, V. Daniel Broch, Mechaniker. Gustav Karl, V. Gust. Wagner, Schlosser. Karl Wilhelm, V. Franz Beck, Kaufmann. Luise Gertrud, V. Herm. Schneider, Bahnarbeiter. Werner Eugen, V. Friedrich Wien, Regts.-Sattler. Hilda, V. Johann Winkler, Tapezier. Eugen Julius, V. Eugen Frommholz, Masch.-Schlosser. Elsa Gerda, V. Joachim Schmitt, Heizer. Erich Karl, V. Stefan Blattmann, Kaufmann. Beatrix Maria Helena, V. Franz Metzger, Ing. Erwin, V. Anton Würz, Fuhrknecht. Eva Maria, V. Emmerich Czako, Dr.-Ing., Chemiker.

Wohnung zu vermieten.

Markgrafenstraße 30 ist auf 1. Januar **eine Mansardenwohnung**, bestehend aus zwei Zimmern, Küche, Keller und Zubehör **zu vermieten.** 6464

Näheres

Brauerei Sinner
Grünwinkel.

W. MUND. A.G. KARLSRUHE-MAXAUSTR. 26

Fussball.

Sportplatz des K.F.V.

Donnerstag d. 22. Dez. 1918 (2. Weihnachtsfeiertag), nachmittags 2 Uhr.

Auswahlspiel zweier Städte-Mannschaften (A—B). Zusammengestellt aus den besten Spielern der hiesigen Fussball-Vereine. 6473

Danksagung.

Für die überaus großen Beweise herzlicher Teilnahme an dem schweren Leid, von dem wir durch den Tod unseres lieben Sohnes, Bruders, Schwagers, Onkels und Neffen

Max Schwerdt

betroffen wurden, sowie für die zahlreichen Kranzspenden, sprechen wir unsern herzlichsten Dank aus. Insbesondere dem Herrn Stadtpfarrer Hesselbacher für seine herzlichen und zeitgemäßen Trostesworte, der Krankenschwester Spirituona vom Bernhardushaus für ihre aufopfernde und liebevolle Pflege, der Arbeiterjugend, die unserem Max ans Herz gewachsen war, den Herren Beamten vom städtischen Krankenhaus und Kriegsspeisungsamt, den Herren Beamten, Vorsteherinnen, Kassiererinnen und Austeilerinnen, sowie dem Personal der städt. Kriegsküche und Obstverwertung, sowie allen Freunden, Kollegen und Bekannten aus nah und fern. 6447

Karlsruhe, den 23. Dezember 1918.

Namens der trauernden Angehörigen:

Gottlob Schwerdt,
Verbandsbeamter und Stadtverordneter.

Sozialdemokratischer Verein des 9. bad. Wahlkreises

Pforzheim, Durlach, Ettlingen, Gernsbach.

Die Nationalwahlen für das Reich machen es notwendig, sofort eine Konferenz zur Aufstellung eines Kandidaten für diese Wahl einzuberufen. Diese Konferenz findet am **Stefanstag, den 26. Dezember mittags 12 Uhr im Gasthaus zum „Lamm" in Durlach** statt.

Tagesordnung:

1. Vorschlag eines Kandidaten zur Nationalwahl.
2. Verschiedenes. 6448

Wir erwarten, daß von jeder Mitgliedschaft wenigstens ein Vertreter erscheint.

Der Kreisvorstand.

Bekanntmachung.

Anwerbung von Freiwilligen für den Grenzschutz Ost.

Das Kriegsministerium hat für die Anwerbung von Freiwilligen für den Grenzschutz Ost aus den Bezirken der stellv. Generalkommandos des Ostens folgende Bedingungen aufgestellt:

1. Freiwillige dürfen den Jahrgängen 1896/99 nicht angehören.
2. Offiziere, Beamte und Mannschaften erhalten mobile Verpflegung und mobile Besoldung; der Gefreite und Mann einen Grundlöhnungssatz von monatlich 30 Mark.
3. Mannschaften erhalten eine Zulage von täglich 5 Mark.
4. Ansprüche auf Familienunterstützung laufen weiter; die Dienstzeit im Freiwilligenverbande rechnet für Invaliden- und Altersversorgung wie Dienst im aktiven Heere.
5. Bei endgültiger Entlassung erhält der Freiwillige 50 Mk. Entlassungsgeld, 15 Mk. Marschgeld und einen Entlassungsanzug, wenn er diese Abfindung nicht schon früher erhalten hat.
6. Die Anwerbung verpflichtet zunächst auf 1 Monat mit 14tägiger Kündigungsfrist, ferner zur Unterordnung unter die Führer denen ordnungsmäßig gebildete Soldatenräte zur Seite stehen.
7. Bei Anwerbung hat sich der Freiwillige in einer kurzen Verhandlung zu verpflichten, die Bedingungen gemäß Z. 6 zu erfüllen, sowie die Löhnungs- und Verpflegungssätze anzuerkennen. Außerdem haben sich die Freiwilligen zu verpflichten, daß sie im Bedarfsfall auch östlich der Reichsgrenze zum Schutz der rückwärtigen Verbindungen des Ostheeres in den noch besetzten Gebieten verwendet werden können.

Anmeldung von Freiwilligen aus den Bezirken Karlsruhe, Durlach und Ettlingen muß bis spätestens 25. Dezember 1918 mittags 12 Uhr beim Bezirkskommando Karlsruhe, Kreuzstraße 11, 2. Stock, erfolgen.

Karlsruhe, den 23. Dezember 1918. 6462

Bezirkskommando Karlsruhe.

Pelz-Waren
in grosser Auswahl.
Besonders **Alaska-Fuchs**
sowie alle andern Pelz-Arten
empfiehlt wirklich preiswert.
32 Nur Zirkel 32
1 Treppe hoch. W. Lehmann. 5099
Sonntags von 11—6 Uhr geöffnet.

Darmstädter Hof, Weinstube

Ecke Kreuzstraße und Zirkel
empfiehlt
Neuen guten Wein
von Mk. 1.30 an das Viertel.
Gute bürgerliche Küche.
hochachtungsvoll
Fritz Hohl.
6227
Weinverkauf über die Straße von Mk. 1.20 das Viertel.

Konzert- und Akkordzithern
sehr gut erhalten
sind zu verkaufen in 6170.3
Weintraubs
An- u. Verkaufsgeschäft
Kronenstr. 52.

Alle
Druck-Arbeiten
liefert rasch
und billig
Druckerei Volksfreund
Luisenstrasse 24
Teleph. 128.

Das beste natürlichste **Vorbeugungsmittel** gegen die **Grippe** sind Schwitzbäder, Dampf-, Heißluft- und elektr. Lichtbäder werden den ganzen Tag für Herren und Damen im **Friedrichsbad** abgegeben.

Flechten-Leiden
dauernde Beseitigung durch deutsches Reichspatent. Prosp. gratis. „Sanis Versand" München 26 b.

Schulranzen,
Leder, gebraucht, zu kauf. gesucht
Augartenstr. 27, Hth. 2. St.

Musikalien.
Als Geschenke zu Weihnachten

empfehle ich
für
Klavier

Sang und Klang XIX. und XX. Jarhundert Bd. I—VII. . . . . à M 26.50
Tongers Musikschatz Bd. I—V. . . . . à M 19.80
Exelsior, 100 musikalische Erfolge . . . M 16.50
Goldener Opernschatz, brillante Potpourris über die schönsten Opernmelodien . . . . M 8.25
Goldenes Salon-Album, Bd. I. II. III., elegant gebunden . . . . . à M 6.40
Musikalische Edelsteine, Bd. I.—VII. . à M 11.—
außerdem Beethoven-Sonaten, Mozart-Sonaten, Franz Liszt-Werke (neue Ausgabe) ꝛc. ꝛc.

Bitte Katalog für Geschenk-Werke zu verlangen.

Für Kinder

Sang und Klang fürs Kinderherz, Bd. I. und II. mit farbigen Bildern . . . . . à M 8.25
Reinecke, Kinderlieder
Was die deutschen Kinder singen, illustriert.

Für Gesang

Neue Meisterlieder . . . . . M 4.50
Das moderne Lied, elegant gebunden . . M 8.28
Deutsche Meisterlieder, gebunden . . . . M 10.—
Das deutsche Lied . . . . . M 4.95
Das goldene Buch der Lieder, gebunden . M 16.50

Hervorragende Auswahl in Guitarre- und Lautenliedern.

Fritz Müller
Musikalienhandlung 6880

Karlsruhe
Kaiserstraße
Ecke Waldstr.
Telephon 388.

Zeitgemäß! **Keine Getränkenot** Billig!
für Wirte ꝛc.
Meine Extrakte zur Selbstbereitung alkoholfreier Liköre sind an Güte und Haltbarkeit tausendfach bewährt. Liefere an fachkundige Händler, Wiederverkäufer und Vertreter Probeflaschen Extrakte zur Herstellung von
10 Liter Pfeffermünz, weiß oder grün,
12 Liter Bitter
10 Liter Kümmel
10 Liter Anisette
10 Liter Damenlikör, weiß oder grün
5 Liter Original-Kräuter-Bitter.
Alles fix und fertig, ohne sonstige Zutaten, ohne Apparate; mit Süßstoff gesüßt und haltbar gemacht. Bei Bedarf großer Posten Sond rangebot. Nachbestellungen sind sicher. Glas und Verpackung frei, Kisten leihweise. Sendungen portofrei unter Wert dort. Nachnahme. Preise freibleibend, Lieferungsmöglichkeit vorbehalten. 6461.Z.
Einfach! **Friedr. Klus,** Export, Import Gut!
Vohwinkel-Elberfeld.

Ich habe mich hier als 6459
Rechtsanwalt
niedergelassen und übe die Praxis gemeinschaftlich mit den
Rechtsanwälten Dr. Ludwig Haas und J. Hug
aus.
Kanzlei: Kaiserstrasse 154. Fernspr. 562.
Raphael Strauss
Rechtsanwalt.

Palast-Theater
Fernruf 2502 Karlsruhe Herrenstr. 11
Kasseöffnung ½8 Uhr — Anfang 8 Uhr.
Weihnachts-Programm.
Vom 25. bis einschliesslich 27. Dezember 1918.
Neu! Neu!
Ernst Reicher
in
Stuart Webbs
24. Abenteuer in 4 Akten
Der Stier von Saldanha.
Weihnachten in der Puppenstube.
Ein Weihnachtsmärchen.
Koppelwalzer
Lustspiel in 1 Akt.
In der Hauptrolle: 6465
Oskar Striboltt
(Tönnchen).

Bad. Landestheater zu Karlsruhe.
Mittwoch, den 25. Dezember 1918. 6466
23. Sondervorstellung.
Tristan und Isolde.
In 3 Aufzügen von Richard Wagner.
Anfang: 5 Uhr. Ende: 9 Uhr.
Donnerstag, den 26. Dezember 1918, nachmittags 2 Uhr:
(Zu Einheitspreisen):
Die fünf Frankfurter.
Lustspiel in 3 Akten von Karl Rössler.
(Abends ½7 Uhr.)
Freitagsmiete Nr. 14.
Mignon.
Oper in drei Akten. Text nach Goethes „Wilhelm Meister" von M. Carré und J. Barbier.
Anfang: ½7 Uhr. Ende: ¼10 Uhr.

Städtisches Konzerthaus.
Mittwoch, den 25. Dezember 1918. 6457
45. Vorstellung des Bad. Landestheaters.
Das Dreimäderlhaus.
Singspiel in 3 Akten von Dr. A. M. Willner und Heinz Reichert.
Musik nach Franz Schubert.
Für die Bühne bearbeitet von Heinrich Berté.
Anfang: ½7 Uhr. Ende: ¼10 Uhr.
Donnerstag, den 26. Dezember 1918.
46. Vorstellung des Bad. Landestheaters.
Der Raub der Sabinerinnen
Anfang 7 Uhr.

Tüchtige Holzküfer
für Großstückarbeit
bei dauernder Beschäftigung sofort gesucht.
Oberrheinische Bottich- und Faßfabrik
Kehl a. Rhein. 6391

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Garantiert echte 6334
Besen und
Putzbürsten
sowie alle Arten Zahn-, Nagel-, Kopf- u. Kleiderbürsten im
— Spezialhaus —
Herm. Ries
Ecke Friedrichsplatz.

Eins oder zwei
Lotterielose
sind das beste Geschenk!
Preuss.- südd. Klassen-Lotterie 6451
spielt die I. Ziehung 7/8 Januar
wozu 1/8 1/4 1/2 1/1 Teil
5.— 10.— 20.— 40.—
oder für 5 Kl. 25.— 50.— 100.— 200.— kosten.
Gewinne der letzten Schlussklasse werden jetzt eingetauscht.
Listen sind angelangt.
Ludwig Götz
Bad. Lotterieeinnehmer.
Hebelstrasse 11 beim Rathaus.

Graue Haare 6329
und Bart erhalten garant. u. dauernd Naturfarbe u. Jugendfrische wieder d. uns. seit 12 Jhr. best. bewährt. „Martinique". Tauf v. Nachbestell. Fl. Mk. 4. Nachn. Nur durch: „Sanis Versand" München 26 b.

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
Plüsch- und Tuchmäntel
Paletots, Röcke
Jackenkleider, Blusen
PELZE
Plüschgarnituren
— Keine Ladenspesen. —
Telephon 1846

6286 Höhere Vorbereitungsschule
„Trotzendorf"
:: Stuttgart ::
Weissenburgstr. 4 b.
Schnellste und sichere Vorber. auf alle Schulpr. bis zur Reife. Glänzende Erfolge! Erstkl. Lehrkräfte! Vorzügl. Pension.

3/4 **Geige** und Kindertrommel billig zu verk. Degenfeldstr. 14 III. rechts.

Rasier-Klingen
(Gillete), werden haarscharf geschliffen, Stck. 10 Pfg. 5509
Kaiserstr. 34, Laden.

Uhren-
Reparaturen werden unter Garantie pünktlich und billig ausgeführt 6417
Josef Klaus, Uhrmacher,
Rüppurrerstraße 20.

COLOSSEUM
Waldstr. 16/18 Telefon 1938.
Dienstag, den 24. Dezember 1918
Keine Vorstellung.
An den beiden Weihnachtsfeiertagen
Mittwoch, den 25. Dez. und Donnerstag, den 26. Dez.
jeweils
2 **Vorstellungen** 2
nachm. 1/2 4 u. abends 1/2 8 Uhr
Colosseumkasse an den beiden Feiertagen 11—12 Uhr vormittags geöffnet. 6463

Stadtgarten.
Wegen Durchgasung der Festhalle muß vom 23. bis einschl. 26. ds. Mts. der nördliche (alte) Stadtgarteneingang geschlossen bleiben. Jahreskarteninhaber können während dieser Zeit den Eingang Ettlingerstr. 8 benützen. 6456
Städt. Gartenamt.

Residenz-Automat
Karl Friedrichstraße 32.
Den ersten sowie zweiten Feiertag:
Krügel's Konzert.
Anfang nachmittags 3 Uhr. 6418

Residenz-Theater
Waldstrasse.
Fest-Programme vom 25. bis 27. Dezember.

Sein Fatum
Schauspiel in 5 Akten.

Ganz ohne Krause
Lustspiel in 2 Akten.

Schillerstr. Ecke Göthestr.
Jeden Weihnachts-Feiertag grosse Jugend-Vorstellung.
Programme.
1. Feiertag (Mittwoch, den 25. Dezember)
Vom Weihnachtsmann belohnt. Heiterer Festfilm.
Erloschene Augen. Die Tragödie einer Erblindeten in 4 Akten. In der Titelrolle **Carola Tölle.**
Exzellenz Lottchen. Lustspiel in 3 Akten.
Einlage für die Jugend-Vorstellung: **Das Glückshufeisen.** Komödie.
2. Feiertag u. Freitag, den 27. Dezbr.
Frieden auf Erden. Drama
Der unheimliche Nachtbesuch Lustspiel in 3 Akten.
Fliegende Schatten. Drama in 3 Akten von nordischen Künstlern dargestellt.
Der geprellte Heiratskandidat. Komödie.
Der See Genezareth. Herrliche Naturaufnahme.

Durlach, zum grünen Hof.
Jeden Weihnachts-Feiertag grosse Jugend-Vorstellung.
Programme.
1. Feiertag (Mittwoch, den 25. Dezember)
Frieden auf Erden Drama.
Furcht Schauspiel in 4 Akten **Bruno Decarli** in der Hauptrolle.
Erst das Geschäft, dann das Vergnügen Lustspiel in 3 Akten. In der Hauptrolle: **Arnold Rieck.**
Einlage für die Jugendvorstellung: **Bilder vom See Genezareth** Naturbilder.
2. Feiertag u. Freitag, den 27. Dezbr.
Vom Weihnachtsmann belohnt Heiterer Festfilm.
Erloschene Augen Die Tragödie einer Erblindeten in 4 Akten. In der Titelrolle: **Carola Tölle.**
Exzellenz Lottchen Lustspiel in 3 Akten.
Einlage für die Jugendvorstellung: **Das Glückshufeisen** Komödie.

LUX
Luxeum Lichtspiele
Kaiserstraße 168. Telefon 3985.
Der grosse Kulturfilm zur Bekämpfung des Mädchenhandels
Der Weg der zur Verdammnis führt.
Drama in 5 Akten.
Hauptdarstellerin: 6387
Charlotte Böcklin.
Schnurzel muss ins Bett.
Lustspiel in 2 Akten.
Ab morgen 1. Weihnachtsfeiertag:
BERND ALDOR
in seinem neuesten Filmwerk
Die Liebe des van Royk
Dramatisches Lebensbild in 5 Akten.
Die wilde Lilly
Reizendes Lustspiel in 3 Akten. 6455

Flaschenweine
vorzügliche Marken
1911er 1915er 1917er :: Roten u. Weissen
per Flasche von Mk. 5.- bis 6.50 einschl. Steuer
Ph. Amann 6429
Kolonialw. u. Delikatessen, Rudolfstrasse 15.
Telephon 722.

Arbeiter-Notizkalender 1919.
Mit dem Lebensabriß und dem Bildnis Albert Dulk's
Aus dem sonstigen Inhalt: Ueber das Gedächtnis — Die Reform des Reichstagswahlrechts — Mieteinigungsämter und Mieterschutz — Schutz dem Auge — Die Gewerkschaften im vierten Kriegsjahre — Schützt Euch vor der Ruhr — Eisenbahnfahrpreise — Gepäcktarif — Postgebühren — Reichhaltiges Adressen-Material: Partei- und Gewerkschaftsadressen und Notizkalender
Preis gebunden 1,50 Mk.
Buchhandlg. Volksfreund
Luisenstraße 24.

Musik-Unterricht
in Klavier, Violine, Harmonium und Theorie erteilt aus dem Felde zurückgekehrter konzertierender, ausgebildeter Musiklehrer, Dirigent, Organist und Komponist. Eintritt am 1. und 15. jeden Monats. 6316
NB. Klavier- u. Zitherzimmer wird rasch u. tadellos ausgeführt. Gefl. Anmeldung Hirschstr. 118 IV

Ausgekämmte
Frauenhaare
kauft 5503
Oskar Decker, Haarhandlung, Kaiserstr. 22.

Städt. Badanstalt
(Vierordtbad)
Karlsruhe.
Medizinische Bäder.
Fichtennadel-Salz (Rappenauer oder Stassfurter).
Mutterlauge u. Schwefel- (Thiopinol-)Bäder.
Badezeit für Herren und Damen: 8-1 Uhr vorm. und 3—8 Uhr nachm.
Samstags bis 9 1/2 Uhr.
Sonntags geschlossen.
Mittags 1 bis 3 Uhr geschlossen. 5187

Lehrlinge
auf kaufmännisches Büro zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote sind zu richten unter Nr. 6104 an die Geschäftsstelle des Volksfreund.

Taschenuhren
auch reparaturbedürftig, kauft
Levy, An- u. Verkaufsgeschäft 5068
Markgrafenstraße 22.

Buchenholz
gesägt und gespalten per Zentner Mk. 4.50
Aufeuerholz, per Zentner . . Mk. 5.—
Abfallholz, per Zentner . . . Mk. 4.—
Ab Stadtlager, Rüppurrerstraße 8 und Sägerei, Schlachthausstraße 5. 6011
Ferner von 5 Zentner aufwärts, jedes Quantum frei Haus bei entsprechendem Fuhr- und Trägerlohn Zuschlag.
Carl Finkelstein
Holz- und Kohlenhandlung, Bündelholzfabrik.
Büro: Rüppurrerstraße 8. Telephon 5113.
Sägerei und Spalterei:
Schlachthausstraße 5. Telephon 2829.

Versand- und Kleiderkartons
in allen Grössen stets vorrätig.
Jede gewünschte Grösse kann sogleich angefertigt werden.
Joh. Nesselhauf
Papierhandlung — Buchbinderei
Kartonagenfabrik, Schützenstr. 46.
5968